

**Mit uns  
für eine sichere  
Zukunft**

# **Programm für das Land Bremen**

– beschlossen auf dem Landesparteitag der CDU am 22. April 1979 –

CDU-Landesverband Bremen  
Am Wall 135 · 2800 Bremen 1 · Telefon (04 21) 31 46 88



MF 2210 BRE



\*000197544\*

# INHALT

Seite 3

Präambel

Seite 4

**A – Aktionsprogramm****I. Bildung in Freiheit****Bessere Schulen für unsere Kinder**

1. Bildung – Chance fürs Leben
2. Für eine kindgerechte Schule
3. Mut zur Erziehung
4. Elternrecht sichern
5. Keine Mammutschulen
6. Kleinere Klassen – Beseitigung des Unterrichtsausfalls
7. Für ein differenziertes Schulwesen
8. Bessere Berufschancen für unsere Jugend
9. Stärkung der Berufschancen durch Erwachsenenbildung
10. Für freie und leistungsfähige Hochschulen

Seite 11

**II. Mehr Arbeitsplätze durch bessere Wirtschaftspolitik – Häfen stärken**

1. Die kritische Lage im Lande Bremen
2. Versäumnisse und Fehler der Bremer SPD
3. Soziale Marktwirtschaft – Alternative der CDU  
– Verbesserung des Investitionsklimas und der Wirtschaftsstruktur  
– Stärkung des Mittelstandes  
– Konsolidierung der öffentlichen Finanzen
4. Bremens Häfen – Bremens Zukunft

Seite 14

**III. Sicherheit für unsere Bürger**

1. Schutz vor Verbrechen
2. Wehrhafte Demokratie
3. Für eine bürgernahe Verwaltung – gegen Bürokratisierung und Parteibuchwirtschaft

Seite 16

**IV. Mehr Schutz für unsere Umwelt – Besser und gesünder wohnen**

1. Weniger Lärm
2. Reines Wasser
3. Saubere Luft
4. Naturschutz und Landschaftspflege
5. Wohnqualität durch vorausschauende Stadtplanung
6. Sicherheit für unsere Kinder im Straßenverkehr
7. Familiengerechtes Wohnen
8. Modernisierung von Wohnungen
9. Stadtsanierung

Bibliothek

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

IBK / IFK / IIS / SFK / PAE / ACD

Inventar-Nr. 60061414

MF 2210 BRE

60061414-9

**V. Soziale Gerechtigkeit – Dienst am Menschen**

1. Stärkung der Familie
2. Chancen für die Jugend
3. Offensive für die Frau
4. Unabhängigkeit und Hilfe im Alter
5. Humanität im Gesundheitswesen
6. Behinderte als gleichberechtigte Partner

**B – Einzelthemen**

Abwanderung  
 Ältere Arbeitnehmer  
 Arbeitnehmerkammern  
 Arbeitsplatzsicherung/  
 Arbeitszeitverkürzung  
 Ausländische Arbeitnehmer  
 Behinderte  
 Beiräte  
 Bremen-Nord  
 Bürgerhäuser  
 Bürgerinitiativen  
 Bürgschaften  
 Bundeswehr  
 „C“ in der CDU  
 Chancengerechtigkeit  
 Datenschutz  
 Demokratisierung  
 Denkmalpflege  
 Deutschland  
 Eigentum  
 Energie  
 Entwicklungshilfe  
 Erziehungsgeld  
 Fachhochschulen  
 Fischwirtschaft  
 Flughafen  
 Freie Träger  
 Gewaltkriminalität  
 Hillmann-Grundstück  
 Humanisierung der Arbeitswelt  
 Jugendarbeit und  
 außerschulische Jugendbildung  
 Jugendhilferecht  
 Jugendkriminalität  
 Juristenausbildung

Kinderspielflächen  
 Kleingärtner  
 Kulturpolitik  
 Landwirtschaft/Landschaftspflege  
 Lehrerbildung  
 Mitbestimmung in  
 öffentlichen Unternehmen  
 Mittelstand  
 Neue Soziale Frage  
 Numerus clausus  
 Partnerrente  
 Pflegefamilien  
 Privatisierung  
 Privatschule  
 Radio Bremen  
 Rechtspflege  
 Rente  
 Schifffahrt  
 Schülermitbestimmung  
 Schulwege  
 Selbständige  
 Soziale Marktwirtschaft  
 Sport  
 Steuerreform  
 Strafvollzug  
 Suchtgefahren  
 Theater  
 Universität  
 Verbraucher  
 Verbrauchermärkte  
 Vermögensbildung  
 Volkshochschule  
 Wachstum  
 Werften  
 Wirtschaftskriminalität

# PRÄAMBEL

Die CDU im Lande Bremen vereint als moderne Volkspartei Männer und Frauen aus allen Schichten, Gruppen und Berufen. Ihre Politik dient dem Wohle aller und nicht nur Teilen unserer Bevölkerung. Durch gemeinsame Werte und Ziele verbindet sie Menschen unterschiedlicher Interessen. Die CDU orientiert ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung. Sie glaubt sich nicht im Besitz letzter Wahrheiten.

Die CDU in Bremen und Bremerhaven ist unabhängig, offen und den konkreten Problemen der Bürger zugewandt. Sie lehnt Ideologie, Indoktrination und Klassenkampf ab. Sie will für unseren Zwei-Städte-Staat eine freiheitliche, demokratische und sozial gerechte menschliche Ordnung. Sie weiß, daß für die Existenz des Bundeslandes Bremen die Häfen von entscheidender Bedeutung sind. Deren Leistungsfähigkeit ist Voraussetzung dafür, daß die notwendigen sozialen, bildungspolitischen und kulturellen Leistungen bezahlt werden können.

Die CDU hält die Schul- und Hochschulpolitik der Bremer SPD für falsch und gefährlich. Sie will Hektik, überhastete Experimentiererei, Fehlplanung, Verschleuderung von Steuergeldern und Ideologisierung der Schulpolitik beenden und damit zugleich Tausende von Eltern, Schülern und Lehrern von unnötigen täglichen Sorgen befreien. Mit ihrer Wirtschaftspolitik auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft wird die CDU bestehende Arbeitsplätze sichern und zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Die Sozialdemokraten haben über Bremen und Bremerhaven ein fein gewirktes Netz von Abhängigkeiten geworfen, und wo immer ein Bürger an eine Masche dieses Netzes stößt – es ist die SPD, die hinter allem steht, die alles gängelt. Die CDU wird der Parteibuchwirtschaft im Lande Bremen ein Ende machen. Sie bekämpft jede Gleichsetzung von Partei und Staat.

Die CDU garantiert die Sicherheit der Bürger und des demokratischen Rechtsstaates ebenso wie die Freiheit jedes einzelnen gegen die Übermacht moderner Großorganisationen, gegen kollektivistischen Zwang und gegen die Gleichmacherei des Sozialismus. So bewahrt sie auch die besondere bremische Lebensart.

Mit diesem Programm für Bremen und Bremerhaven macht die CDU deutlich, welche Politik sie in den kommenden Jahren verwirklichen wird, wenn sie die politische Verantwortung erhält. Auf der Grundlage des Grundsatzprogramms und des Berliner Programms der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands werden in einem ersten Teil (Aktionsprogramm) klar die politischen Schwerpunkte für unser Bundesland herausgestellt. Das Programm zeigt darüber hinaus in einem zweiten Teil weitere Themen auf, die aus der Sicht der CDU für das Land Bremen und seine Bürger heute und künftig von besonderer Bedeutung sind.

Im Vertrauen aufeinander haben Bremer und Bremerhavener in der Vergangenheit zugewandt und ihre Städte tatkräftig aufgebaut. Die CDU bekennt sich zur Geschichte des Landes Bremen und zur Selbständigkeit der beiden Städte Bremerhaven und Bremen. Sie ist stolz auf ihre Geschichte. Sie gestaltet ihre Gegenwart. Sie arbeitet für eine bessere Zukunft.

# AKTIONSPROGRAMM

## I. Bildung in Freiheit

### Bessere Schulen für unsere Kinder

Die heutige Bildungspolitik im Lande Bremen beruht auf gesetzlichen und organisatorischen Vorgaben, die von der CDU abgelehnt werden. Zwar wurden in Bremen und Bremerhaven in den vergangenen Jahren mit erheblichem finanziellem Aufwand neue Schulen gebaut. **Dennoch wurde die Schule nicht besser.** Die Aufgabe des Erziehens wurde in gefährlicher Weise zurückgedrängt. Zunehmende Schulschwierigkeiten und psychische Schäden sind die sichtbare Folge. Immer mehr Schüler klagen über Schulangst wegen der steigenden Belastungen im Schulalltag. Fehlentwicklungen unserer hochzivilisierten Gesellschaft sind durch das Schulsystem nicht ausgeglichen, sondern verstärkt worden. Eine Fülle von Schulversuchen und anderen Experimenten machte die Schule unübersichtlich, hat Schüler, Eltern und Lehrer verunsichert. Haupt- und Realschulen sowie das berufliche Schulwesen wurden sträflich vernachlässigt, das Gymnasium zerschlagen. Die Elternrechte wurden ausgehöhlt. Ideologisierung und Politisierung sind bei einer Reihe von Lehrern an die Stelle von Erziehung getreten. Die finanziellen Mittel wurden auf den Bau von Mammut-Schulzentren konzentriert mit der Folge der Vereinsamung der Schüler in der anonymen Masse, zu großer Klassen, resignierender Lehrer und erheblichen Unterrichtsausfalls.

### 1. Bildung – Chance fürs Leben

Bildung prägt den Menschen. Sie gibt ihm **Chancen fürs Leben.** Sie entfaltet seine geistigen und praktischen Kräfte und Anlagen. Bildung führt den jungen Bürger in die menschliche Gesellschaft ein, in ihre Aufgaben, Erwartungen, Grenzen und

Konflikte. Sie macht Erfüllung im gewählten Beruf möglich. Das alles ist gewährleistet, wenn die Bildungseinrichtungen zweckmäßig geplant, eingerichtet und verwaltet werden. Bildungspläne müssen dem modernen Berufsleben entsprechen. Sie dürfen nicht am späteren Leben vorbeigehen. Das bedeutet eine Orientierung auch am **Leistungsprinzip.**

Der **Finanzspielraum** für die Bildungsinvestitionen wird immer enger. Die Konkurrenz der Bildungsaufgaben mit anderen öffentlichen Aufgaben wird zunehmend härter. Wegen der teuren Experimente im Schul- und Universitätsbereich konnten für die Wirtschaftskraft Bremens wichtige Investitionen vor allem bei den Häfen nicht ausreichend geleistet werden. Reformen und Verbesserungen im Bildungswesen sind nur möglich bei gesicherter Wirtschafts- und Finanzlage.

Bildungspolitik darf künftig nicht mehr „Wunschkpolitik“ sein. Sie muß sich am Machbaren orientieren und realistische, pädagogisch und finanziell vertretbare Ziele haben. Im Hinblick auf den geringen Finanzspielraum sind deshalb innerhalb des Bildungsbereichs klare Schwerpunkte zu setzen.

### 2. Für eine kindgerechte Schule

Die Bildungspolitik der CDU dieses Landes wird in den kommenden Jahren von folgenden **Grundsätzen** bestimmt sein:

- **Begabung** ist nicht beliebig machbar. Ihre Förderung verlangt auch die Berücksichtigung naturgegebener Unterschiede.
- Die **Gleichwertigkeit der Ungleichem**, ein Grundprinzip der Demokratie, muß auch im Bildungswesen zur Geltung gebracht werden. Diese Gleichwertigkeit beinhaltet auch das Recht auf geringere Leistung.
- Die **Schule muß kindgerecht sein.** Das Bildungswesen muß daher den unterschiedlichen Begabungen und Fähig-

keiten sowie dem individuellen Leistungsvermögen der Menschen gerecht werden und somit vielfältig gegliedert sein. Nur ein differenziertes Bildungssystem, das Sackgassen vermeidet, schafft soziale Gerechtigkeit in unserer hochdifferenzierten arbeitsteiligen Gesellschaft.

- Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten. Selbständigkeit und Eigengesetzlichkeit des Menschen müssen beachtet werden, damit Bildung nicht nur zur Anpassung an den Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technik, sondern auch zur **persönlichen Freiheit des einzelnen** führt.
- **Nachfrage und Bedarf** müssen wieder besser aufeinander abgestimmt werden. Alle bildungspolitischen Programme und Planungen müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie für den einzelnen ein Mehr an Leistung und Freiheit ermöglichen.

### 3. Mut zur Erziehung

Erziehungs- und Bildungsinhalte sind Grundlagen für die Zukunft unserer freiheitlichen Gesellschaft. Sie sind von weitreichender Bedeutung als die Probleme der Schulorganisation.

Die Schule hat nicht nur die Aufgabe der Wissensvermittlung, sondern auch die der Erziehung. Die CDU fordert entschieden mehr Mut zur Erziehung und das Bekenntnis der Erzieher zu Wertvorstellungen, die sich am Grundgesetz orientieren.

- **Bildung muß Kultur erschließen** und immer neue Generationen in die Überlieferung unseres Kulturkreises einführen, das Bekenntnis zur eigenen Geschichte entwickeln, die Liebe zu Heimat und Vaterland fördern, den Willen zur Wiedervereinigung Deutschlands erhalten und den jungen Menschen zu einem vereinigten Europa in Freiheit hinführen.
- Erziehung muß von den **grundlegenden Werten unserer Kultur** getragen sein, insbesondere vom Bekenntnis zur Familie, von der Verantwortung für den Nächsten, dem Gefühl für Gerechtigkeit, der Achtung vor dem Gesetz sowie

der Bejahung und Verteidigung unseres demokratischen Staates.

- Schulbücher, Lehrpläne und Unterricht dürfen nicht zur Agitation mißbraucht, die Kinder **nicht gegen Staat und Elternhaus erzogen** oder in eine permanente Konfliktsituation mit diesen gebracht werden.
- Schulunterricht muß **überparteilich** sein und darf nicht als Hebel für Gesellschaftsveränderungen mißbraucht werden.
- Stoff- und Problemüberfrachtung, unangemessene Verwissenschaftlichung, Verfrühung und Theoretisierung aller **Lehrpläne**, vor allem aber in Grundschule und Orientierungsstufe sind zu beseitigen.
- Musik- und Kunstunterricht müssen als Gegengewicht zur Wissensvermittlung in den sogenannten Lernfächern verstärkt werden. Zur Förderung der schulischen und außerschulischen musischen Bildung sind in Bremen und Bremerhaven neben den Jugendmusikschulen **Jugendkunstschulen** einzurichten.

### 4. Elternrecht sichern

Die CDU lehnt extreme Positionen in der Bildungspolitik ab. **Das Schulwesen muß von der großen Mehrheit der Bürger bejaht und angenommen werden können.**

- Grundlage der Bildungspolitik ist für die CDU **das Erziehungsrecht der Eltern.** Das Elternrecht erstreckt sich nicht nur auf die häusliche Umgebung. Elternhaus und Schule verwirklichen ihren Erziehungsauftrag in Partnerschaft.
- Die Elternvertretungen sind in **den Willensbildungsprozessen** der Bildungsbehörden **stärker einzubeziehen.** In den vergangenen Jahren wurden Eltern und Elternvertretungen häufig von den Bildungsbehörden in Bremen und Bremerhaven vor vollendete Tatsachen gestellt.
- Eltern haben ein **Recht auf rechtzeitige, umfassende und verständliche Information.** Bei wichtigen Gesetzes- und Strukturvorhaben wurden die Eltern zwar gehört, ihre Meinungen blieben bei der Entscheidungsfindung aber in der Regel unberücksichtigt.



- Die CDU wird durch eine Novellierung des Schulverwaltungsgesetzes die **individuellen und kollektiven Elternrechte** gesetzlich besser absichern und ausbauen.

## 5. Keine Mammutschulen

Die Schaffung von Schulzentren der Sekundarstufen I und II mit weit über tausend, zum Teil sogar über zweitausend Schülern hat zu Massenbetrieben geführt. Dies fördert **Schulunlust, Schulversagen, Aggressivität und Streß**.

Demgegenüber wurden wegen fehlender Finanzmittel viele Altbauschulen noch immer nicht ausreichend renoviert, obwohl sie häufig billiger zu unterhalten und menschlicher sind als Sekundarzentren in riesigen Betonklötzen.

- Schulen müssen so gestaltet sein, daß sie die Schüler vor Vereinsamung bewahren und die **Freude am Lernen** fördern. Ihre technischen Einrichtungen müssen laufend den Erfordernissen angeglichen werden. Massenschulen müssen durch Festlegung von Obergrenzen der Schülerzahlen verhindert werden.
- Die **Sanierung** erhaltenswerter **Altbauschulen** muß wesentlich stärker gefördert werden.

## 6. Kleinere Klassen – Beseitigung des Unterrichtsausfalls

Noch immer fällt in den Schulen Bremens und Bremerhavens Unterricht aus, zum Teil wegen des Fehlens von Lehrern in einzelnen Fächern, zum Teil wegen schematischer Klassenfrequenzberechnungen. Zudem wurde der Lehrermangel durch die Ausbildung von Lehrern mit nur noch zwei Unterrichtsfächern sowie durch den pädagogisch oft unzumutbar umfangreichen Fachunterricht in der Orientierungsstufe entscheidend verschärft, so daß in fast allen Schulen der Sekundarstufe I viele Lehrer Fächer unterrichten, für die sie nicht ausgebildet sind.

- Die CDU wird ihre bereits für den Haushalt 1979 vorgelegten Anträge, als **Sofortmaßnahme zusätzliche Lehrerstellen** zu bewilligen, weiter verfolgen.
- Die CDU will die Schaffung einer **Lehrerreserve**, um damit den durch vorübergehendes Fehlen von Lehrern bedingten Unterrichtsausfall auszugleichen.
- **Der bedarfsdeckende Unterricht der Referendare** wird abgeschafft.
- Durch **Entlastung von Verwaltungsarbeit** ist ein effektiverer Einsatz der Lehrer im Unterricht herbeizuführen.
- Die CDU wird die **Klassenstärken** in allen Schulen schrittweise senken. Durch Einführung variabler Klassenfrequenzen (Unter- und Obergrenzen) soll der Lehrerstundenabzug abgeschafft werden.
- Durch bessere Planung und Koordination ist die **Zuweisung neuer Lehrkräfte** so rechtzeitig vorzunehmen, daß mit Beginn eines Schuljahres voller Unterricht erteilt werden kann.

## 7. Für ein differenziertes Schulwesen

Die CDU wird das **differenzierte, gegliederte Schulwesen unserer differenzierten Gesellschaft zielstrebig weiterentwickeln**. Denn nur durch ein überschaubares und nach Begabungsschwerpunkten klar gegliedertes Bildungsangebot ist ein Höchstmaß allgemeiner und beruflicher Bildung sicherzustellen. Es bietet die derzeit beste Möglichkeit, die unterschiedlichen Neigungen, Fähigkeiten und Interessen der Schüler zu entfalten und zu fördern, so daß niemand durch seine Herkunft, durch eine soziale Behinderung oder den mangelnden Bildungswillen seiner Umwelt benachteiligt wird.

- Vorschulische Förderung soll der Kreativität des Kindes, dem Abbau sozialer Nachteile und einer organischen Hinführung zur Schule und nicht deren Vorverlegung dienen. Die Forderung nach einer Schulpflicht für die Fünfjährigen wird von der CDU in Bremen und Bremerhaven abgelehnt. In den **Kindergärten** wird die CDU die personellen und

sächlichen Voraussetzungen für altersgemischte Gruppen schaffen, in denen neben Erziehern und Sozialpädagogen auch Kinderpflegerinnen arbeiten. Besonders in sozialen Problemgebieten werden die Kinderhorte ausgebaut.

- Die CDU Bremen tritt auf der Grundlage ihres 1977 eingebrachten Kindergartengesetzesentwurfs für einen qualitativen Ausbau der vorschulischen Erziehung ein und legt dabei auf ein unterschiedliches Angebot freier und öffentlicher Träger besonderen Wert.
- In jedem Ortsteil Bremens und Bremerhavens wird die CDU grundsätzlich mindestens eine – gegebenenfalls auch einzügige – Grundschule unterhalten, welche die Kinder in einem maximal viertelstündigen Fußweg erreichen können. Die Klassenfrequenzen werden stufenweise auf 20 Schüler gesenkt, wobei für jede Klasse ein Lehrer berechnet wird. Die CDU will zusätzliche Förderungsmöglichkeiten für Schüler schaffen, damit die Eltern nicht mehr „Hilfslehrer der Nation“ sind.
- Die Einführung der **Orientierungsstufe** in Bremen und Bremerhaven erfolgte gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Eltern und der CDU. Die CDU wollte eine schulartabhängige Orientierungsstufe, die je nach den örtlichen bzw. räumlichen Gegebenheiten an Grundschulen oder an weiterführende Schulen angegliedert werden sollte. Dadurch wären die rigorose Umorganisation durch den Stufenplan und die Isolation vieler Klassen 5 und 6 in Dependancen vermieden worden.
- Die Orientierungsstufe darf nicht zur Vorstufe einer integrierten Gesamtschule werden, sondern soll als Phase der Förderung und Orientierung auf die weiterführenden Schulen dienen. Die CDU wird Lehrer aller Schulformen mit ausreichender Unterrichtserfahrung für die Arbeit in der Orientierungsstufe gewinnen.
- Die CDU will die Lehrinhalte der Orientierungsstufe im Sinne einer klaren Ausrichtung auf das differenzierte Schulsystem verändern durch Festlegung auf

ein für alle Orientierungsstufen verbindliches Differenzierungsmodell.

- Die CDU wird die **Hauptschule** im Vergleich zu anderen Schularten stärken. Der Hauptschüler darf nicht weiter an den Zielsetzungen gymnasialer Ausbildung gemessen werden. Die Hauptschule wird eine Stundentafel mit stärkerer Gewichtung der naturwissenschaftlichen Fächer, der Wirtschafts- und Arbeitslehre einschließlich der Betriebspraktika und eines differenzierten arbeitstechnischen Unterrichts erhalten, um einen besseren Übergang zur Berufswelt zu gewährleisten. Dem müssen verbesserte Berufseingangsvoraussetzungen entsprechen, vor allem im öffentlichen Dienst, und attraktive Aufstiegswege für Hauptschüler nach einer Berufsausbildung.
- Die CDU will eine selbständige **Realschule**, die durch ein ausgewogenes Angebot von Wahl- und Wahlpflichtfächern zur Vermittlung technischer, wirtschaftlicher, hauswirtschaftlicher und gestalterischer Grundkenntnisse neben dem Erwerb intellektueller Fähigkeiten die Berufsvorbereitung verstärkt, damit ihre Absolventen den Bildungsgang in den Schulformen des Sekundarbereichs II kontinuierlich fortsetzen oder nach Abschluß einer Berufsausbildung an einer Fachhochschule studieren können.
- Die CDU wird das **Gymnasium** als organisatorisch und pädagogisch einheitlichen Bildungsgang für die Jahrgangsstufen 7–13 erhalten. Sie bejaht dabei die Entwicklung zu mehreren Gymnasialtypen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Verquickung von gymnasialer und beruflicher Bildung wird abgelehnt. In der neugestalteten gymnasialen Oberstufe wird sie sorgfältig darauf achten, daß Kontinuität des Lernens und hinreichende Breite der Allgemeinbildung durch einen Kernbestand von verbindlichen Fächern und Vermittlung ausreichender Kenntnisse in zwei Fremdsprachen gesichert sind.
- Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Schularten ist zu fördern. Dort wo **Schulzentren** bestehen, sind trotz aller Formen der Zusammenarbeit die ei-

genständigen Bildungsgänge zu erhalten.

- Die **Gesamtschulen** sind als Angebotsschulen Versuchsschulen mit eigenständigem Bildungsauftrag, keine Modelle des künftigen Schulwesens. Die CDU wird diese und andere Schulversuche – auch in Halbtagsform – weiterführen und durch wissenschaftliche Begleitung überprüfen. Die Lernergebnisse müssen denen der übrigen Schulen entsprechen. Weitere Gesamtschulen werden nicht eingerichtet. In jeder Gesamtschule wird eine eigene Oberstufe aufgebaut, die nicht durch den Versuch der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung belastet ist. Da es sich um einen Schulversuch handelt, wird die CDU keine Lehrer zwangsweise an Gesamtschulen abordnen.
- Die CDU wird für personell und sächlich ausreichend ausgestattete **Sonderschulen** für alle Behinderungsarten sorgen und ihre Ausstattung mit Lehrern verbessern, so daß alle Möglichkeiten zur Rehabilitation der Schüler voll genutzt werden. Ein freiwilliges 10. Schuljahr wird als Brücke zwischen Schule und Arbeitswelt eingeführt. Auf jeder Altersstufe des Sonderschulwesens muß die Möglichkeit des Übergangs auf die Grund- oder Hauptschule überprüft werden. Die Trennung von Mittel- und Oberstufen wird aufgehoben. In den Grundschulen müssen auch Lehrer mit Sonderschulbefähigung tätig sein, damit nicht jede Erziehungs- und Verhaltensschwierigkeit zum Anlaß einer Zuweisung zur Sonderschule genommen wird.
- **Um die Integration der Aussiedlerkinder und der Kinder ausländischer Arbeitnehmer zu fördern**, wird die CDU besondere Kurse, vor allem in Deutsch, einrichten. Bei der Berechnung der Lehrerzahl werden beide Schülergruppen doppelt gezählt, um die Einrichtung zusätzlicher Stütz- und Förderkurse für alle Fächer zu ermöglichen. Das gilt auch für Berufsschulen.

## 8. Bessere Berufschancen für unsere Jugend

Die **berufliche Bildung** muß sowohl hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Ranges wie der personellen und sächlichen Ausstattung dem allgemeinbildenden Schulwesen gleichgestellt werden. Im Zuge der Schaffung attraktiver Aufstiegswege will die CDU, daß grundsätzlich – auch beim Staat – gleichwertige berufliche Ziele über ein Hochschulstudium ebenso wie über eine durch wissenschaftliche Zusatzqualifikation angereicherte berufliche Ausbildung erreicht werden können.

Die Berufsschulen in Bremen und Bremerhaven sind jahrelang vernachlässigt worden. Neue Berufsschulen sollen nach SPD-Vorstellungen nur noch als Teile von Schulzentren der Sekundarstufe II mit dem Ziel der Integration von gymnasialer und beruflicher Bildung gebaut werden. Die Sanierung bestehender und der notwendige Bau neuer eigenständiger Berufsschulen werden dadurch vernachlässigt. Die Integration behindert sowohl die ausreichende Berufs- wie Studienvorbereitung. Sie gefährdet das bewährte System der beruflichen Bildung und führt zur weiteren Senkung des wissenschaftlichen Niveaus der Universitäten und Hochschulen.

- Die CDU wird alle Maßnahmen, die zur Einrichtung von integrierten Sekundarstufen II führen, beenden und unverzüglich die Errichtung dringend notwendiger Berufsschulen, wie zum Beispiel für das Nahrungsmittelgewerbe, einleiten.
- **Das duale System der Berufsausbildung** muß beibehalten werden. Die CDU wird neue Anreize zur Bereitstellung von **Ausbildungsplätzen** in der Wirtschaft, vor allem auch in Klein- und Mittelbetrieben schaffen. Das Land und die Stadtgemeinden müssen ihrerseits im öffentlichen Dienst, in Eigen- und Beteiligungsgesellschaften mehr Ausbildungsplätze bereithalten. Allerdings dürfen schulische Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Ausbildungsplatzsuche nicht zu einer dauerhaften Verschulung des bewährten dualen Ausbildungssystems führen, zumal in den achtziger Jahren die Zu-

wachsrates der Schulabgänger und somit auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wieder sinken werden.

- Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die **Berufsfachschulen mit berufsqualifizierendem Abschluß** nur zeitlich befristet eingerichtet und auch nur mit begrenzten finanziellen und personellen Kapazitäten ausgestattet werden, um die Aushöhlung des dualen Systems zu vermeiden. Der Mehrbedarf an Lehrern soll nicht zu zusätzlichen Personalstellen auf Dauer führen, sondern muß verstärkt durch solche Kräfte gedeckt werden, die im Wege von Zeitverträgen gewonnen oder nach dem Zurückgehen des Bedarfs in den Berufsfachschulen in andere berufliche Schulen übernommen werden können.
- Der Unterricht in den Berufsschulen muß besser mit der Ausbildung in den Betrieben abgestimmt werden. Darum ist eine enge **Anpassung von schulischen Lehrplänen an die Ausbildungsordnungen** notwendig.
- Die CDU wird die gemeinsame Verantwortung von Schule und Betrieb für die Ausbildung durch Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Ausbildern sicherstellen. Vor allem müssen die Anregungen der Ausbildungsbeiräte für die Arbeit der Berufsschulen stärker berücksichtigt werden.
- Anstelle eines 10. Schuljahres in der Hauptschule strebt die CDU eine breit angelegte berufliche Grundbildung durch Einführung eines verbindlichen **Berufsgrundbildungsjahres (BGJ)** an. Die CDU sieht hierin eine Lösung, den nötigen praktischen Anwendungsbereich und den Übergang in die berufliche Ausbildung zu gewährleisten.
- Bei der Einführung des BGJ hat die **kooperative Form** (Schule – Betrieb) **Vorrang** vor dem schulischen BGJ. Dabei muß die Verantwortung für den betrieblichen Teil der Ausbildung bei den Ausbildungsbetrieben liegen. Wo räumlich und betriebsbedingt kein Kooperationspartner zur Verfügung steht, kann das BGJ in schulischer Form durchgeführt werden. Dabei muß der

berufsfeldbezogene Lehrstoff mit den Ausbildungsinhalten des kooperativen BGJ im entsprechenden Berufsfeld übereinstimmen.

- Die Schaffung von **Ausbildungsordnungen für behinderte und lernbeeinträchtigte Jugendliche**, die nicht in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet werden können, ist ein vorrangiges Ziel der CDU. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, daß sich solche Ausbildungsordnungen an Inhalt und Aufbau anerkannter Ausbildungsberufe orientieren und die Möglichkeit der Fortsetzung der Ausbildung bis zum berufsqualifizierenden Abschluß bieten. Soweit dieser Personenkreis durch andere gezielte Hilfen, zum Beispiel durch eine Verlängerung der Ausbildung, in die Lage versetzt werden kann, einen Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu erreichen, hat eine solche Lösung Vorrang.

## 9. Stärkung der Berufschancen durch Erwachsenenbildung

- Im Rahmen der Weiterbildung sollen Maßnahmen der **beruflichen** und **allgemeinen Weiterbildung** zumindest gleichgewichtig neben der politischen Bildung stehen. Dies war auch der Grundsatz im CDU-Entwurf eines Erwachsenenbildungsgesetzes. Das Bremer Weiterbildungsgesetz unterstützt aber Übergewichtig die Durchführung politischer Bildungsmaßnahmen, so daß vor allem die berufliche Weiterbildung benachteiligt ist.
- **Die CDU lehnt eine Politisierung der Weiterbildung** ab und wird sich deshalb dafür einsetzen, daß der Stellenwert der beruflichen Weiterbildung verbessert wird.
- Maßnahmen nach dem Bildungsurlaubsgesetz sind stärker für die **berufliche** Weiterbildung zu nutzen.
- Die Politisierung der Weiterbildung hat vor allem zu einer Gefährdung der Volkshochschularbeit in der Stadtgemeinde Bremen geführt. Das Programm dieser Volkshochschule wird immer

mehr durch marxistische Lerninhalte und linke Dozenten belastet und läßt die notwendige politische Ausgewogenheit vermissen, die bei einer kommunalen Einrichtung Voraussetzung sein muß. Die CDU hat immer wieder diejenigen nebenamtlichen Dozenten in Schutz genommen, die in der kulturellen und beruflichen Lehrtätigkeit sachbezogen gearbeitet haben und heute von linken hauptamtlichen Dozenten verdrängt werden. Die CDU wird es nicht zulassen, daß nach der Universität nun die Volkshochschule zu einem Experimentierfeld von Systemüberwindern wird. Deshalb hat die CDU ein eigenes Volkshochschulgesetz vorgeschlagen, in dem die finanziellen und personellen Verantwortlichkeiten besser geregelt und kontrolliert werden können.

## 10. Für freie und leistungsfähige Hochschulen

Alle Hochschulen in Bremen sind Einrichtungen unseres freiheitlich-demokratischen Staates, nicht jedoch Staat im Staate. Für freie Forschung und Lehre ist eine aufgabenbezogene Autonomie der Hochschulen unerlässlich. Die Autonomie darf aber nicht zum Kampf gegen den Staat mißbraucht werden. Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

- Die CDU wird dafür sorgen, daß Mitglieder der Bremer Universität nicht länger in der Hochschule mit Mitteln kommunistischer Agitation den Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung führen. Denn die **Freiheit von Forschung und Lehre** und ein freies Studium sind nur in einer freiheitlichen Hochschule möglich, nicht jedoch in einer Institution, die sich als rechtsfreier Raum aufbaut.
- Die CDU fordert, daß der Staat jeder gewaltsamen **Einschränkung der Lehr- und Lernfreiheit** energisch entgegentritt.
- **Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden** an den Bremer Hochschulen bedeutet, in angemessenem Verhältnis auch über Marxismus zu lehren, aber Demokraten auszubilden.

- Die verfassungswidrige Drittelparität ist seit Gründung der Universität Bremen Grundlage für alle ihre Entscheidungsgremien gewesen. Erst durch die Klage der CDU vor dem Staatsgerichtshof wurde der SPD-Senat zu einer Revision dieser Bestimmung gezwungen, wobei allerdings die drittelparitätische Sitzverteilung bestehen blieb und lediglich durch ein kompliziertes Stimmenverhältnis modifiziert wurde.
- Die CDU wird durch eine **Novellierung des Hochschulgesetzes** dafür sorgen, daß endlich alle Verfassungszweifel beseitigt und vertretbare Entscheidungen möglich werden.
- Durch eine **Verstärkung der wissenschaftlichen Kompetenzen der Fachbereiche** muß die unmittelbare Verantwortung der Hochschullehrer hervorgehoben werden.
- Die Aufgaben der **Inhaltlichen Studienreform** müssen mit dem Ziel angegangen werden, daß Bremer Studienabschlüsse qualitativ mit denen anderer Hochschulen vergleichbar sind. Die CDU wird dafür sorgen, daß das Prüfungswesen den bundesweiten Leistungsmaßstäben und den rechtlichen Anforderungen voll entspricht, damit Universitätsabsolventen bei Bewerbungen innerhalb und außerhalb Bremens gleiche Chancen gegenüber Absolventen anderer Hochschulen erhalten.
- **Forschung** an den Hochschulen und Forschung in der Wirtschaft müssen einander ergänzen. Forschung darf nicht unter dem Gesichtspunkt „gesellschaftlicher Relevanz“ politisiert werden.
- Die CDU wird dafür sorgen, daß vorhandene **Forschungskapazitäten** vor allem der Wirtschaft in den **wissenschaftlichen Dialog** mit der Universität eintreten, damit neue Möglichkeiten der Grundlagenforschung erschlossen werden, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Industrieregion Bremen zu verbessern.

## II. Mehr Arbeitsplätze durch bessere Wirtschaftspolitik – Häfen stärken

### 1. Die kritische Lage im Lande Bremen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Lande Bremen ist seit Mitte der 70er Jahre durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Auch für die kommenden Jahre ist keine Besserung zu erwarten; im Gegenteil, die **Gefährdung von Arbeitsplätzen nimmt zu.**

- Das Wirtschaftswachstum im Lande Bremen entwickelte sich im Vergleich zum Bundesgebiet seit 1975 eindeutig ungünstiger. Der Anteil der Problembranchen wie Schiffbau-, Stahl-, Luft- und Raumfahrtindustrie sowie der Fischwirtschaft ist überdurchschnittlich hoch, denn in diesen Wirtschaftszweigen arbeiten im Lande Bremen 45 % aller in der Industrie beschäftigten Personen (Bundesdurchschnitt 6 %).
- In den Jahren 1975 bis 1978 waren im Lande Bremen über 500 Konkurse in der Wirtschaft zu verzeichnen. Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze verringerte sich vom Jahresende 1975 bis zum Jahresende 1978 um ca. 12700. Die Existenzgrundlage vieler Bürger unseres Landes wurde dadurch bedroht.
- Das **Defizit an Arbeitsplätzen in Bremen und Bremerhaven** beläuft sich nach Prognosen des Senats bis 1985 auf 30 000. Eine entscheidende Besserung des Arbeitsmarktes ist nicht in Sicht.
- Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Frauen sowie für Behinderte, ältere Arbeitnehmer und arbeitslose Jugendliche ist ein großes Problem. Dies gilt auch für das zu geringe Angebot an **Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen** insbesondere in Bremen-Nord und Bremerhaven.
- Das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer im Lande Bremen ist im Vergleich zu anderen Ballungsgebieten der Bundesrepublik Deutschland wegen

der einseitigen Struktur der bremischen Wirtschaft erheblich niedriger.

- Die Finanzpolitik des Landes ist unsolid und gefährdet die Zukunft unseres Gemeinwesens. Das kleinste Bundesland hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer, und das Beunruhigende an dieser Entwicklung ist das Tempo, mit dem diese Verschuldung fortschreitet. Per Jahresende 1978 belief sich die Verschuldung des Landes Bremen auf 4,7 Mrd. DM.
- Der Anteil der **zukunftsichernden Investitionen** an den Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ist ständig **rückläufig**. Diese Investitionsquote, die 1975 noch 21,6 % betrug, wird nach der mittelfristigen Finanzplanung 1981 nur noch bei 13,8 % liegen.
- Norddeutschland ist infolge seiner Randlage innerhalb der europäischen Gemeinschaft und wegen der massiven Vernachlässigung dieses Wirtschaftsraumes durch die Bonner SPD/FDP-Koalition im Vergleich zu anderen wirtschaftlichen Regionen der Bundesrepublik Deutschland erheblich benachteiligt.
- Dies wird unter anderem dadurch deutlich, daß die **Wachstumsrate Norddeutschlands durchschnittlich 1 % niedriger** als der Bundesdurchschnitt ist, die Wachstumsbranchen mit zukunftsorientierten Arbeitsplätzen nur 25 % aller Wirtschaftszweige ausmachen (im Süden erheblich höher) und daß die Bundesregierung 47 % ihrer Forschungsförderungsmittel in den Süden und nur 8 % in den Norden der Bundesrepublik Deutschland leitet.

### 2. Versäumnisse und Fehler der Bremer SPD

Wenn auch die internationalen und nationalen Einflüsse die wirtschaftliche Situation in Bremen und Bremerhaven beeinträchtigen, so bleibt doch festzustellen, daß vergleichbare Großstädte und Regionen im norddeutschen Raum mit diesen Schwierigkeiten erheblich besser fertig geworden sind. Dies beweisen entsprechend gerin-



gere Arbeitslosenquoten und höhere Wachstums- bzw. Investitionsraten. Wesentliche Ursachen für die schlechte Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage liegen im Lande Bremen selbst. Dies hat die SPD voll zu verantworten.

- 30 Jahre SPD-Herrschaft haben es verhindert, daß sich eine zukunftsweisende und zukunftssichernde Industrie- und Gewerbestruktur entwickelt.
- Die **Linkslastigkeit der Wirtschaftspolitik von Senat und SPD** bewirkt eine Verunsicherung ansässiger Unternehmen, sie erschwert die Ansiedlung neuer Betriebe.
- Die Abwicklung von Ansiedlungsprojekten in der Wirtschaftsbehörde war bisher gekennzeichnet durch Bürokratisierung, mangelnde Flexibilität, Undurchschaubarkeit und langwierige Entscheidungsprozesse.
- Die auf Bremer SPD-Parteitag immer wieder erhobenen Forderungen nach verstärktem Staatseinfluß, nach Investitionslenkung sowie nach Verstaatlichung und Einrichtung von Branchen- und Strukturräten verunsichern die Wirtschaft. Die von der SPD für Bremerhavener Werften mit allem Nachdruck betriebene Fusion, bei der der Bremer Staat Mehrheitsaktionär werden soll, bildet den Einstieg für die politisch gewollte Verstaatlichung der Werftindustrie.
- Die Bedeutung eines gesunden Mittelstandes für Arbeits- und Ausbildungsplätze und für eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur wird von der SPD nach wie vor ignoriert. **Bei der Mittelstandsförderung bildet das Land Bremen das Schlußlicht** unter allen Bundesländern.
- Durch die **unsolide Finanzpolitik der SPD** – insbesondere durch teure Experimente im Schul- und Universitätsbereich – ist der Handlungsspielraum des Landes Bremen übermäßig eingeschränkt mit der Folge, daß notwendige arbeitsplatzsichernde und -schaffende Investitionen nicht mehr ausreichend geleistet werden können.

### 3. Soziale Marktwirtschaft – Alternative der CDU

Aus der Sicht der CDU ist ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik im Lande Bremen dringend erforderlich. Er muß die Grundlagen der erfolgreichen marktwirtschaftlichen Ordnung bejahen und weiterentwickeln. Die CDU bekennt sich zum Leistungsprinzip, zu dem für die Wirtschaft unentbehrlichen Ertragsdenken und zur unternehmerischen Eigenverantwortung und -initiative. Sichere Arbeitsplätze gibt es nur in gesunden Unternehmen. Die tägliche Erfahrung bestätigt, daß die soziale Marktwirtschaft wie kein anderes System ein Höchstmaß an Freiheit und Wohlstand sichert.

#### Verbesserung des Investitionsklimas und der Wirtschaftsstruktur

Die CDU wird ein investitions- und ansiedlungsfreundliches Klima in Bremen schaffen. Das ist die Grundlage für die Entscheidungen von Unternehmen, zu investieren oder sich anzusiedeln und damit bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Schwerpunkte der CDU-Politik sind:

- Bereitstellung und Erschließung von mehr **Gewerbeflächen**
- **Abbau von Steuernachteilen** gegenüber dem niedersächsischen Umland und vergleichbaren Wirtschaftsregionen:
  - Beseitigung der Lohnsummensteuer,
  - Überprüfung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Überprüfung der Grundsteuer mit dem Ziel der schrittweisen Anpassung an vergleichbare Ballungszentren,
  - Befreiung von der Grunderwerbssteuer bei förderungswürdigen Vorhaben.
- Verbesserung der Zusammenarbeit mit Niedersachsen im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung zur Förderung des Wirtschaftsraumes Unterweser,
- Investitionsfreundlichere Gestaltung der Kauf- und Erbbaurechtsverträge,
- **Vereinfachung von Gesetzen und Ver-**

**ordnungen** und Abbau von Investitionshemmnissen,

- Stärkung des Forschungs- und Entwicklungsbereichs sowie Förderung der Ansiedlung und des Ausbaues von Betrieben mit höherer Technologie,
- Einrichtung und Förderung nationaler Forschungseinrichtungen im Lande Bremen (z. B. Polarforschungsinstitut, Fachinformationszentren, Max-Planck-Institut),
- Sicherung der bremischen Arbeitsplätze in der **Luft- und Raumfahrtindustrie** auf der Grundlage des von der CDU-Bürgerschaftsfraktion im August 1977 vorgelegten Konzeptes für die Neustrukturierung dieses Bereichs,
- Herstellung einer **ausgewogenen regionalen Wirtschaftsstruktur** im Lande Bremen, damit in Bremerhaven die Wirtschaft gleichgewichtig gefördert und entwickelt wird,
- **Verbesserung des Finanzausgleichs** Bremen/Bremerhaven durch gleiche Einwohnerbewertung in den beiden Stadtgemeinden.

#### Stärkung des Mittelstandes

Über 95 % aller Betriebe im Lande Bremen sind dem Mittelstand zuzurechnen; ca. 60 bis 70 % aller bremischen Arbeitnehmer finden in diesen klein- und mittelständischen Unternehmen Beschäftigung. Die CDU hat die große Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe und der freien Berufe immer wieder betont.

Für die CDU ist die Mittelstandspolitik ein Kernstück ihrer wirtschaftlichen Konzeption zur Erhaltung und Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes.

Im einzelnen bedeutet dies:

- umgehende Verabschiedung eines Mittelstandsförderungsgesetzes auf der Grundlage des CDU-Entwurfs in der Bremischen Bürgerschaft,
- verstärkte landeseigene **Innovationsförderung** für kleine und mittlere Unternehmen,
- Verabschiedung eines **Mittelstandskreditprogramms** des Landes und eines Programms zur Förderung der Gründung und des Ausbaues von Existenzen,

- größere Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an öffentlichen Aufträgen.

#### Konsolidierung der öffentlichen Finanzen

Die CDU will die Wiederherstellung eines soliden finanzwirtschaftlichen Fundaments. Aufgrund der hohen Verschuldung ist eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven nur schrittweise und daher nur langfristig zu erreichen. Voraussetzung dafür ist eine Wirtschaftspolitik, die zur Verbesserung und nicht zur Verschlechterung staatlicher Einnahmen führt. Die CDU will im einzelnen:

- Prinzipielle Begrenzung der Steigerung des Personalkostenanteils (flexible Reaktionen auf unabwiesbaren Bedarf sind jedoch nicht ausgeschlossen, wie zum Beispiel bei Lehrern oder Polizeibeamten),
- Rückführung der konsumtiven Ausgaben, zum Beispiel durch Einschränkung der überzogenen Senatspropaganda mit der Erstellung kostspieliger Druckerzeugnisse,
- Erhöhung des Anteils der Investitionen bei den Staatsausgaben,
- **Veränderung der Prioritäten** im Investitionsbereich **zugunsten der Häfen** (unter anderem auf Kosten der teuren pädagogisch fragwürdigen Mammutbauten im Bildungsbereich),
- Senkung der jährlichen Nettoverschuldung, um nicht künftige Haushalte mit Schuldendienstleistungen so zu belasten, daß der Spielraum für weitere Investitionen noch mehr eingeengt wird,
- verstärkte Förderung freier und privater Träger in allen Dienstleistungsbereichen.

#### 4. Bremens Häfen – Bremens Zukunft

Die Selbständigkeit Bremens als Bundesland ist im wesentlichen in der Wahrnehmung der internationalen Hafen- und Schifffahrtssaufgaben für die Bundesrepu-

blik Deutschland begründet. Die Häfen in Bremen und Bremerhaven sind das Rückgrat der bremischen Wirtschaft und der einzige expansive Wirtschaftszweig unseres Landes. Jeder dritte Arbeitsplatz im Lande Bremen hängt direkt oder indirekt mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den Häfen zusammen.

Gerade aber die Häfen als zentraler Bereich unserer Wirtschaft sind von Senat und SPD in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Der Anteil der Hafeninvestitionen am gesamten Investitionsvolumen ist von früher 20 % auf nunmehr ca. 10 % abgesunken. Die CDU hält diese Entwicklung für unverantwortlich, weil sie letztlich die Existenz unseres Bundeslandes gefährden könnte.

Die CDU will den Hafeninvestitionen wieder Vorrang einräumen. Folgende Ziele sind schon jetzt in der mittelfristigen Finanzplanung abzusichern:

- Umgehende **Erweiterung des Container-Terminals** nach Norden; Fertigstellung bis spätestens 1983,
- Kapazitätserweiterung der Industriehafenschleuse,
- Modernisierung der vorhandenen älteren Hafenanlagen, gegebenenfalls Umgestaltung solcher Anlagen für Spezialzwecke,
- Weiterführung der Investitionen in den Häfen auf dem linken Weserufer mit Vollendung des Ausbaues des Ostufers des vorhandenen Hafenbeckens über die volle Länge, zugeschnitten auf moderne Verkehrstechnologien,
- Ausbau des Gewerbegebiets im Fischereihafen.

Die Leistungsfähigkeit der bremischen Häfen wird entscheidend durch die Anschlüsse an das binnenländische Verkehrsnetz bestimmt. Die CDU tritt daher dafür ein, daß

- die **Anbindung der Neustädter Häfen an das Bundesautobahnnetz** vorangetrieben und
- die **Vertiefung der Mittelweser** endlich in Angriff genommen wird.

### III. Sicherheit für unsere Bürger

Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gewährt allen Bürgern ein hohes Maß an persönlicher Freiheit. Das Grundgesetz enthält als Gemeinschaftsaufgabe aller Bürger auch die Verpflichtung, diese Demokratie auszubauen und zu schützen. Der Staat wiederum muß die öffentliche Sicherheit und den inneren Frieden als Voraussetzung von Freiheit gewährleisten. Er kann diese Aufgabe aber nur erfüllen, wenn Justiz und Polizei das Vertrauen der Bürger genießen. Zugleich kann nur derjenige Staat von seinen Bürgern glaubwürdig Rechtstreue verlangen, der selbst korrekt die Gesetze achtet und nicht mehrfach Grundgesetz und Landesverfassung mißachtet, wie dies die SPD zum Beispiel bei der Universitätsverfassung, der Juristenausbildung und der Ausübung von Kommunalaufsicht getan hat.

#### 1. Schutz vor Verbrechen

Die Kriminalität ist in Bremen und Bremerhaven in den letzten Jahren ständig gewachsen. Bedrückend ist die hohe Zahl von Gewaltverbrechen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an Straftaten ist besonders hoch. Die Aufklärungsquote sank immer mehr ab. Die von der Bürgerschaft bewilligten Stellen für die Polizei sind nicht einmal alle besetzt (Fehlbestand in Bremen und Bremerhaven mehr als 150 Stellen).

Schwerpunkte des CDU-Sicherheitskonzepts sind:

- Einsatz von Polizeibeamten als **Bürgerpolizisten** in allen Teilen von Bremen und Bremerhaven, die ohne Belastung durch allgemeine Verwaltungsarbeit und mit besonderer Milieukennntnis überschaubare Wohnbezirke ständig betreuen,
- beschleunigte **Besetzung der offenen Planstellen** bei der Schutzpolizei vor allem durch Verstärkung der Ausbildungskapazität bei der Bereitschaftspolizei zunächst um 130 Beamte und Einstellung zusätzlicher Polizisten auch

außerhalb der üblichen Laufbahnvorschriften (Seiteneinstieg),

- **Verstärkung aller Polizeireviere** um zunächst je zwei Beamte mit dem Ziel, die Zahl der Fußstreifen entscheidend zu erhöhen,
- Ausbau hochqualifizierter und bestausgestatteter Polizeieinheiten zur **Bekämpfung organisierter Krimineller**, vor allem der anarchistischen Gewaltverbrecher,
- **Verbesserung der Zusammenarbeit** der Polizei mit den Behörden der Senatoren für Bildung und für Soziales, Jugend und Sport zur Koordinierung der Maßnahmen gegen die Jugendkriminalität,
- intensive **Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität** mittels verbesserter Regelungen im allgemeinen und Wirtschaftsstrafrecht durch klar abgegrenzte Tatbestände, damit Umgehungsmöglichkeiten verpaid werden, sowie durch Verstärkung der Staatsanwaltschaften,
- bessere Zusammenarbeit aller Behörden mit dem **Verfassungsschutz**, den anderen nachrichtendienstlichen Organisationen und dem Bundeskriminalamt.

Polizei und Verfassungsschutz erfüllen ein schweres Amt. Sie haben Anspruch auf das uneingeschränkte Vertrauen des Staates und der Politiker auch in kritischen Situationen, auf Schutz vor ungerechtfertigten Angriffen und solidarische Unterstützung aller Bürger.

#### 2. Wehrhafte Demokratie

Nur ein Staat, der bereit ist, die Grundsätze, auf denen er beruht, wirksam zu verteidigen, kann persönliches Engagement seiner Bürger erwarten. In den öffentlichen Dienst gehört daher nur, wer aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt.

- Wer einer Partei oder Organisation angehört, die unseren Staat bekämpft und die Grundprinzipien unserer Verfassung ablehnt, ist ungeeignet für den öffentlichen Dienst.
- Gegen jeden Angehörigen des Öffentlichen Dienstes, der sich verfassungs-

feindlich betätigt, ist ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung einzuleiten.

Auf dem Gebiet des politisch motivierten Verbrechen ist innere Sicherheit nicht nur eine Frage von Ausrüstung, Ausstattung und personeller Besetzung der Polizei. Wir können nicht einen Zustand finanzieren oder gar wollen, wo letztlich jeder jeden bewacht. Die politische Gewaltkriminalität kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn die Demokraten den Gegnern unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung die Freiräume nehmen, die sie ihnen – gewollt oder ungewollt – gegeben haben.

Die CDU fordert daher:

- **Auseinandersetzung** mit den geistigen Ursachen des Terrorismus ohne politische Selbstgerechtigkeit,
- **keine Verharmlosung** politisch motivierter Gewalttaten,
- **keine Bündnisse** von Angehörigen demokratischer Parteien mit Verfassungsfeinden wie Kommunisten oder Neo-Nazis, insbesondere auch an den Hochschulen.

#### 3. Für eine bürgernahe Verwaltung – gegen Bürokratisierung und Partei-buchwirtschaft

Die Bürger in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat sollen nicht verwaltet werden, sondern mitwirken und mitentscheiden. Bei den Bürgern besteht zunehmend Unbehagen gegenüber der wachsenden Bürokratisierung. Um dem entgegenzuwirken, will die CDU unter anderem:

- Gesetze und Verordnungen sollen verständlicher gefaßt und ihre Zahl herabgesetzt werden, um die verschiedenen Rechtsbereiche überschaubarer, die Verfahren einfacher zu machen.
- Durch die Verstärkung des politischen Gewichts der Stadtbürgerschaft als Gemeindeparlament Bremens und die Direktwahl der Stadtteil- und Ortsamtsbeiräte sollen die Probleme der Bürger unmittelbarer und wirksamer behandelt werden.



Der Staat steht im Interesse aller Bürger und darf nicht zum Instrument einer Partei oder Gruppe werden. Die CDU wendet sich gegen die Parteibuchwirtschaft und die unerträgliche Verfilzung von Staat und SPD. Der öffentliche Dienst im Lande Bremen ist durch Bevorzugung von SPD-Genossen bei Beförderungen gekennzeichnet. Systemveränderer aus der Bremer Universität wollen die Ausbildung der künftigen Richter und Staatsanwälte in den Griff bekommen. Die Eigen- und Beteiligungsgesellschaften Bremens und Bremerhavens sind Ämterpründe für die SPD.

- Die CDU verlangt daher eine Personalpolitik im öffentlichen Dienst, die sich nicht an Parteizugehörigkeit, sondern an **Eignung und Leistung** orientiert.
- Die CDU wird die Eigen- und Beteiligungsgesellschaften Bremens und Bremerhavens von **jedem parteipolitischen Einfluß befreien**.
- Die CDU wird die den einzelnen Senatsressorts aufgepfropften **Planungsstäbe** (mehr als 40 Stellen) **auflösen**.

#### IV. Mehr Schutz für unsere Umwelt – Besser und gesünder wohnen

Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens ist ein Stück verantworteter Freiheit. Wer in der Gegenwart die natürlichen Grundlagen des Lebens verantwortungslos ausbeutet und die ökologischen Zusammenhänge stört, verletzt die Solidarität zwischen den Generationen. Technischer Fortschritt und qualitätsorientiertes Wachstum sind jedoch unverzichtbar und stehen in keinem unüberbrückbaren Gegensatz zum Schutz unserer natürlichen Reserven und unserer Umwelt.

**Umweltschutz erfordert zielbewußtes Handeln und darf sich nicht in Appellen erschöpfen.** In immer stärkerem Maße werden Gesundheit und Wohlbefinden der Bürger durch Umweltbelastungen beeinträchtigt.

Die Vorstellung, daß Luft, Wasser und Landschaft „freie Güter“ sind, die in unerschöpflichem Ausmaß zur Verfügung ste-

hen, hat zu einem Raubbau an der natürlichen Umwelt geführt. Trinkwassergefährdung, verunreinigte Flüsse und Seen, gefährliche Industrieabfälle, Luftverschmutzung und Lärmbelastung haben mit der Industrialisierung zugenommen. Die Vielfalt der Umweltbelastungen fordert die Koordinierung aller umweltentlastenden Maßnahmen.

Den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft entspricht es, daß der Staat die freien Naturgüter durch **konsequente Anwendung des Verursacherprinzips** schützt. Soweit berechenbar, sollen die Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden grundsätzlich denjenigen auferlegt werden, die für ihre Entstehung verantwortlich sind.

#### 1. Weniger Lärm

Die Bürger im Lande Bremen sind zunehmend der Lärmbelastung durch Hauptverkehrswege, Flugverkehr, Baustellen und Industriebetriebe ausgesetzt.

Die CDU will den **Lärmschutz verbessern**. Sie wird insbesondere

- den Immissionsschutz bei der Stadt- und Verkehrsplanung (kurze Verkehrswege zwischen Wohn-, Arbeits- und Einkaufsort, Frischluftschneisen) generell einbeziehen,
- bei der Planung von Verkehrswegen darauf achten, daß möglichst wenige Wohngebiete berührt werden (Negativbeispiel: geplante neue B 6 – Gummistraße im Westen),
- den Kraftfahrzeugverkehr so führen, daß der Schleichverkehr in Wohnsammelstraßen uninteressant und damit vermieden wird,
- typische Wohnstraßen vom Durchgangsverkehr völlig freihalten,
- Wohnungen nur in genügendem Abstand zu vorhandenen oder geplanten Industrie- und Verkehrsanlagen errichten lassen (Negativbeispiel: Osterholz-Tenever an der Autobahn),
- bei der Finanzierung von Straßenbauvorhaben dafür sorgen, daß erforderliche Mittel für Schutzwälle und Schutzbepflanzungen bereitgestellt werden,
- dafür sorgen, daß bei bereits vorhandenen Lärmquellen von Straßen- und

Schienenwegen **Lärmschutzmaßnahmen** nachträglich durchgeführt, daß neben Schutzwällen auch der Einbau schalldämmender Bauelemente, Bauformen und Fenster vom Staat bezuschußt werden,

- ermöglichen, daß der in der unmittelbaren Nachbarschaft zum Flughafen wohnenden Bevölkerung für **Lärmschutzmaßnahmen an Wohngebäuden** öffentliche Hilfen bereitgestellt werden,
- alle Maßnahmen unterstützen, die den **Lärm an der Ursprungsquelle vermindern**.

#### 2. Reines Wasser

Aufrechterhaltung und Gewährleistung einer ausreichenden Trink- und Brauchwasserversorgung, Schutz und Reinhaltung der Seen, der Flüsse und des Grundwassers sind Aufgaben, deren Lösung in Zukunft zusätzliche Anstrengungen erfordern. Das biologische Gleichgewicht in Gewässern, insbesondere in der Weser, muß wiederhergestellt werden.

Die CDU fordert insbesondere,

- daß die zusätzliche Verschmutzung der Weser in Bremen und Bremerhaven durch nicht ausreichend geklärtes Abwasser durch den **Bau vollbiologischer Kläranlagen** beseitigt wird,
- daß auf die **Beigabe von Weserwasser bei der Trinkwasserversorgung völlig verzichtet wird**,
- daß der Abbau des hohen Salzgehaltes der Weser durch Verträge zwischen der Bundesregierung und der DDR sowie den Anrainerländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen ermöglicht wird.

#### 3. Saubere Luft

Die Verschmutzung der Luft durch Feuerungsanlagen, Verkehr und Produktion ist eines der Hauptprobleme des Umweltschutzes.

Die CDU wird dafür sorgen,

- daß auch klimatische Bedingungen bei der Anlage von Wohn- und Industriegebieten berücksichtigt werden,

- daß eine lückenlose **Überwachung der Luftverschmutzung** durch ein ausreichend dichtes Netz fester und beweglicher Meßanlagen erfolgt.

#### 4. Naturschutz und Landschaftspflege

In Bremen wurde das Problem des Naturschutzes und der Landschaftspflege vernachlässigt. Deshalb hat die CDU zu diesem Thema einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Ziel der CDU-Politik ist,

- unsere **natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten**,
- die Landschaft als gewichtigen Erlebnisraum der Menschen zu erhalten und zu pflegen,
- die **Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten**,
- den Wasserhaushalt sorgfältig und konsequent zu pflegen,
- die Wechselwirkung von Landschaft und Klima zu beachten und dabei den Boden gesundzuerhalten.

#### 5. Wohnqualität durch vorausschauende Stadtplanung

Die CDU verfolgt eine an den Bedürfnissen des Menschen orientierte Städtebaupolitik. Eine richtig verstandene Stadtentwicklungsplanung muß alle dafür in Betracht kommenden Bereiche und Interessen sinnvoll aufeinander abstimmen.

Die CDU vertritt folgende Grundsätze:

- Alle Vorhaben im Bereich der Stadtentwicklung und Stadtplanung sind frühzeitig für die öffentliche Diskussion freizugeben.
- Ein zukunftsweisendes **Stadtentwicklungsprogramm** setzt voraus, daß die Planungsgrundlagen in Bremen verbessert werden. Die CDU wird deshalb für die Stadtgemeinde Bremen einen neuen **Flächennutzungsplan** erstellen und die Erarbeitung von Bebauungsplänen beschleunigen.
- Es muß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohn- und Arbeitsstätten und Gemeinschaftseinrichtungen ange-

strebt werden. Trabantsiedlungen werden abgelehnt. Ghetto-Situationen ist entgegenzuwirken.

- Der **Planungswirrwarr** in der Bremischen Verkehrspolitik **muß beendet werden**. Ein Generalverkehrsplan, der von den raumordnerischen Vorstellungen auszugehen hat, schafft die Voraussetzungen für eine langfristig koordinierte Planung. Dieser Plan erst ermöglicht eine dezentralisierte Planung und gibt Stadtteilkonzepten ihren Sinn.
- Im Interesse der Belange und Entwicklungen in den Bereichen des Wohnens, des Arbeitens, der Wirtschaft, der Kultur, der Freizeit und der Umwelt müssen die verschiedenen Verkehrsarten und Verkehrswege so aufeinander abgestimmt werden, daß ein gut funktionierendes integriertes Verkehrssystem mit Aufgabenteilung entsteht.
- **Individualverkehr ist mit dem öffentlichen Personennahverkehr gleichrangig**. Diese Gleichrangigkeit kann sich zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs verschieben, je dichter der Verkehr an den Kern der Innenstädte herangeführt wird.
- Die Erreichbarkeit der Innenstädte und der Entwicklungsschwerpunkte an den Entwicklungsachsen muß durch den öffentlichen Personennahverkehr verbessert werden. Dazu gehören
  - eine **Stadtbahn** (Straßenbahn) mit hohen Umlaufgeschwindigkeiten,
  - ein attraktives **Park-and-Ride-System**,
  - ein netzartiges Bus-System, weitgehend als Zubringer zu einer schnellen Stadtbahn,
  - langfristig ein S-Bahn-System (Weiterentwicklung des Nahverkehrs der Deutschen Bundesbahn).
- Es ist anzustreben, daß sich die öffentlichen und privaten Träger des öffentlichen Personennahverkehrs in Bremen und Bremerhaven mit dem niedersächsischen Umland zu einem Verkehrsverbund beziehungsweise einer Verkehrsgemeinschaft zusammenschließen.

## 6. Sicherheit für unsere Kinder im Straßenverkehr

Um die Zahl der Kinderunfälle im Straßenverkehr zu reduzieren, fordert die CDU

- Verkehrserziehung durch Kindergärten und Schule,
- Aufstellung von Schulwegplänen für Schulanfänger,
- Einrichtung von Lotsendiensten,
- Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit in typischen Wohnstraßen,
- Einrichtung von Fußgängerbereichen und verkehrsberuhigten Zonen.

## 7. Familiengerechtes Wohnen

Im Lande Bremen sind viele kinderreiche Familien, sozial Schwache, Aussiedler und ausländische Arbeitnehmer mangelhaft mit Wohnraum versorgt. Einer Förderung dieser Gruppen ist in allen Bereichen des Wohnungsbaus besondere Beachtung zu schenken.

Die CDU wird im Rahmen ihrer Wohnungsbau politik gleichrangig drei Maßnahmen fördern

- Wohnungsneubau,
  - Modernisierung von Wohnungen,
  - Sanierung alter Stadtteile.
- Es bleibt Ziel unserer Wohnungsbau politik, möglichst vielen Bürgern den Erwerb von familiengerechten Eigenheimen und Eigentumswohnungen zu ermöglichen.
- Die CDU will
- die vorrangige **Förderung von Wohnungsbauprogrammen** für sozial Schwächere, für kinderreiche Familien und für Familien mit Behinderten,
  - eine sinnvolle **Privatisierung des Wohnungsbestandes** der großen Wohnungsbau gesellschaften und des öffentlichen Wohnbesitzes zum Zwecke der Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten.
  - eine ausreichende **Bereitstellung** von erschlossenem **Bauland**, um ausreichende Angebote für Bauwillige bereitzuhalten.
  - eine Vereinfachung und Verkürzung des Baugenehmigungsverfahrens,

- durch ein angepaßtes Wohngeldgesetz und Mietobergrenzen sozial tragbare Mieten,
- ein familien- und kinderfreundlich gestaltetes Wohnumfeld, denn Wohnung und Wohnumgebung beeinflussen die Entwicklungs- und Lebenschancen der Familie entscheidend,
- die Anlage von **Spielflächen** für Kleinkinder sowie von Spiel- und Bolzplätzen für größere Kinder in der Nähe der Wohnungen,
- im näheren Wohnbereich für alle Bürger Gemeinschaftseinrichtungen (zum Beispiel Bürgerhäuser und Freizeitheime) schaffen,
- die Infrastruktur unserer Städte so gestalten, daß jeweils in Wohnnähe die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Bedarfsgütern und Dienstleistungen gesichert ist.

## 8. Modernisierung von Wohnungen

Viele Wohnungen im Lande Bremen müssen dringend modernisiert werden. Insbesondere Wohnungen ohne Bad und Zentralheizung entsprechen nicht mehr den Bedürfnissen unserer Bürger.

- Die CDU wird
- ein Modernisierungsprogramm vorlegen, welches erhebliche Zuschüsse bei Modernisierungsdurchführungen vorsieht,
  - Prioritäten bei der Durchführung der Programme setzen, wobei der seit Jahren vernachlässigte **Bremer Westen** Vorrang haben wird,
  - einkommensschwächeren Mietern auch nach Modernisierungsmaßnahmen eine angemessene Miete garantieren,
  - fehlende Eigenmittel durch zinsgünstige Darlehen teilweise ersetzen.

## 9. Stadtsanierung

Die seit Jahren in **Bremen-Vegesack** beziehungsweise im Gebiet **Ostertor-Remberti** betriebene Stadtsanierung ist kaum vorangekommen. Falsche Beschlüsse der SPD, Flächensanierung in Vegesack und

Wegfall der Mozarttrasse im Gebiet Ostertor-Remberti haben zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen geführt. Darüber hinaus arbeitet der mit der Sanierung beauftragte Sanierungsträger, die Bremische Gesellschaft, nur unvollkommen mit der Bauverwaltung zusammen.

Die CDU will,

- daß überall **Betroffenenbeiräte**, die ein Mitspracherecht haben, eingesetzt werden,
- daß verschiedene Sanierungsträger bei den Durchführungsmaßnahmen zum Zuge kommen,
- daß erhaltenswerte alte Bausubstanz bei der Sanierung nicht vernichtet wird,
- daß die **Mieten** auch nach Durchführung der Sanierung **sozial tragbar bleiben**,
- daß die Sozialstruktur des Sanierungsgebietes nicht nachhaltig verändert wird,
- daß auch das Wohnumfeld einbezogen und verbessert wird.

## V. Soziale Gerechtigkeit – Dienst am Menschen

Freiheitliche Politik aus sozialer Verantwortung bedeutet solidarischen Schutz für den Schwachen und Hilfestellung für den sozial Benachteiligten. Sie beinhaltet die Eigenverantwortung des einzelnen wie der gesellschaftlichen Gruppen auch im sozialen Bereich. Dieser Eigenverantwortung entspricht das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe, zu dem sich die CDU bekennt.

Darüber hinaus umfassen der soziale Auftrag der Gemeinschaft und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit die Verpflichtung für jeden einzelnen, mehr für seine Mitmenschen zu tun. Das Streben nach uniformer Gleichheit und die totale Bevormundung sind Feinde einer freiheitlichen Sozialpolitik. Die CDU lehnt solche Bestrebungen entschieden ab.

## 1. Stärkung der Familie

Die Familie ist die natürliche und beständige Form des menschlichen Zusammenlebens sowie die erste und wichtigste Er-

ziehungsgemeinschaft für das Kind. Weder der Staat noch andere gesellschaftliche Lebensformen können sie ersetzen. Deshalb ist die Familie zu schützen und zu fördern. Neben der Sicherung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen ist der **Familie verstärkte Anerkennung** in der Gesellschaft zu verschaffen.

Die CDU befürwortet die **Partnerschaft** in der Familie. Mann und Frau tragen gemeinsam Verantwortung. Sie sollen sich frei und ohne Nachteile entscheiden können, wer sich hauptsächlich dem Haushalt und der Betreuung der Kinder widmet, wer einer Erwerbstätigkeit außerhalb des Hauses nachgeht oder ob sich beides miteinander vereinbaren läßt.

Zur Stärkung der Familie fordert die CDU in Bremen:

- die Einführung eines **Erziehungsgeldes**,
- den Ausbau von Familienberatungsstellen,
- einen familiengerechteren Wohnungsbau,
- die Schaffung einer Landesstiftung „**Familie in Not**“
- mehr Kindergärten und mehr Horte für schulpflichtige Kinder,
- eine bessere pädagogische Vorbereitung junger Menschen auf ihre späteren Aufgaben als Eltern,
- die Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie durch Elternbildung und -beratung,
- die Schaffung von zinsbegünstigten **Familiendarlehen** und Familiengründungsdarlehen mit Tilgungszuschüssen bei Geburt von Kindern,
- verstärkte Förderung von **Familienferien**.

## 2. Chancen für die Jugend

Die Jugendpolitik der CDU ist auf die Entwicklung und Entfaltung des jungen Menschen in der Familie und in einer freien und offenen Gesellschaft ausgerichtet. Für die Zukunftssicherung der jungen Generation ist die Rückkehr zu einer breiten Übereinstimmung zwischen Bildungs- und Jugendpolitik erforderlich. Abzulehnen sind Versuche, in Kindergarten, Schule und Hochschule Menschen für ein anderes Ge-

sellschaftssystem ideologisch vorbereiten und formen zu wollen.

Die CDU hat in ihrer Jugendpolitik folgende Schwerpunkte:

- **Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit** durch vermehrte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen,
- Verstärkung der sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, damit die lernbehinderten Jugendlichen zur Ausbildungsreife geführt und ihnen ausreichend Ausbildungsplätze gesichert werden,
- Ausbau von **Jugendfreizeiteinrichtungen**, wobei dem Trend zu großen, zentralen Einrichtungen entgegenzuwirken ist, also besondere Förderung von kleineren, dezentralen Jugendfreizeiteinrichtungen, die stärker auf die Struktur des jeweiligen Stadtgebietes ausgerichtet sind,
- **Stärkung der freien Träger der Jugendarbeit** sowie ihre Förderung aus öffentlichen Mitteln,
- Ausbau der Hilfen für Drogen- und Alkoholabhängige, wobei die Einrichtungen so auszustatten sind, daß eine nachgehende Fürsorge für die Gefährdeten möglich ist,
- Weiterentwicklung des Jugendschutzes, insbesondere durch örtliche Untersuchungen der Kinder- und Jugendkriminalität und durch darauf abgestimmte Maßnahmen vorbeugender Hilfe,
- Aufklärung über die Gefahren der sogenannten Jugendsekten.

## 3. Offensive für die Frau

Die CDU tritt für die volle rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau ein. Die CDU sieht in der Gleichberechtigung nicht Gleichheit, sondern die Gleichwertigkeit der Aufgaben von Mann und Frau. Das bedeutet für die Frau, ihren Lebensweg im Beruf, in der Familie oder in Verbindung von beidem in Partnerschaft zu gestalten.

Zur Verbesserung der Situation der Frau in unserer Gesellschaft strebt die CDU folgende Ziele an:

- **Anerkennung der Hausfrauentätigkeit**

als Berufstätigkeit durch eigenständige soziale Sicherung,

- Einführung eines Erziehungsgeldes,
- Rentensteigernde Anrechnung von Erziehungsjahren,
- Reform der sozialen Sicherung auf der Grundlage des Modells der **Partnerrente**,
- Förderung der freiwilligen und aktiven Mitarbeit der Frau in der Gesellschaft,
- Abbau bestehender Benachteiligungen in der Arbeitswelt,
- Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch differenzierte Berufsberatung, Öffnung neuer Berufe, familiengerechtere Gestaltung der Arbeitswelt, bessere Möglichkeiten der Wiedereingliederung in das Berufsleben nach der Phase der Kindererziehung und verstärkte Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen, besonders in Bremerhaven und Bremen-Nord.

## 4. Unabhängigkeit und Hilfe im Alter

Die Altenpolitik steht heute aufgrund einer sich verändernden Gesellschaft vor neuen Aufgaben. Ging es in früheren Jahren allein um finanzielle und soziale Absicherung der älteren Menschen, so geht es heute darüber hinaus darum, die Isolation der Älteren in der Gesellschaft zu verhindern beziehungsweise abzubauen. Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie den älteren Mitbürgern ein würdiges, gesichertes und sinnerfülltes Leben in entsprechendem Rahmen ermöglicht.

Die CDU tritt in der Altenpolitik für folgende Maßnahmen ein:

- Vermehrte Bereitstellung von geeigneten **Altenwohnungen**,
- Ausbau der häuslichen Pflege und von Dienstleistungen und Hilfsdiensten,
- Entwicklung neuer Konzeptionen zur **Aktivierung der Nachbarschaftshilfe**,
- Schaffung eines vielfältigen und qualitativ befriedigenden Angebots an Heimplätzen, insbesondere an **Pflegeheimplätzen**.
- Hilfen für Familien mit älteren Mitbürgern, zum Beispiel durch familiengerechtere Baupolitik.

## 5. Humanität im Gesundheitswesen

Für die CDU soll ein zeitgemäßes Gesundheitswesen nicht nur erfolgreich in der Bekämpfung von Krankheiten sein, sondern vor allem in der Erhaltung der Gesundheit. Die beste Garantie für die Erhaltung der Gesundheit ist eine gesunde Lebensführung. Für die CDU ist die Schaffung eines bevölkerungsnahen Gesundheitswesens mit einem **Mehr an Menschlichkeit in der Medizin** verbunden.

Die CDU wird im Gesundheitswesen folgende Ziele verfolgen:

- Intensivierung der Gesundheitserziehung und -vorsorge,
- **mehr Humanität im Krankenhaus** durch Veränderung des starren Bettenschlüssels zwischen Personal und Krankenhausbetten,
- bedarfsgerechte Vorhaltung von Krankenhausbetten nach dem Grundsatz: **soviel ambulante Versorgung wie möglich, soviel stationäre Versorgung wie nötig, also**
- flankierende Maßnahmen zur Entlastung der Krankenhäuser wie unter anderem
  - Ausbau der ambulanten Pflegedienste,
  - Förderung der Nachbarschaftshilfe,
  - Einrichtung von Nachsorge- und Rehabilitationszentren,
  - ausreichende Versorgung mit Pflegeheimen und
  - verbesserten Informationsfluß zwischen niedergelassenem Arzt und Krankenhaus,
- **Verselbständigung der kommunalen Kliniken**, um die Bürokratisierung zu beseitigen, die Leistungsfähigkeit zu sichern und die Eigenverantwortung von Mitarbeitern und Klinikleitung zu stärken.
- Erhaltung der leistungsfähigen **Privatkliniken**.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat mit einem Gesetzentwurf über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten die Voraussetzungen für künftige Maßnahmen geschaffen, die geeignet



sind, den psychisch Kranken in der Familie und in der Gemeinschaft zu halten oder in sie zurückzuführen.

## 6. Behinderte als gleichberechtigte Partner

Unsere Gesellschaft muß sich daran messen lassen, welches Verständnis sie für die Mitbürger aufbringt, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. Das gilt im besonderen Maße für die Behinderten. Im Lande Bremen gibt es mehr als 50 000 Behinderte. **Ziel der CDU-Politik für unsere behinderten Mitbürger ist es, sie als gleichwertige und gleichberechtigte Bürger in unsere Gesellschaft zu integrieren.**

Schwerpunkte der CDU-Politik sind:

- Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit mit dem Ziel gegenseitigen Verständnisses und der Anerkennung des Behinderten als gleichwertigen Partner,
- Gesundheitliche Stabilisierung unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten von Diagnostik und Therapie,
- Chancengerechtigkeit für die Entfaltung der Persönlichkeit,
- Aktivierung der Behinderten mit dem Ziel der Mitarbeit an der Rehabilitation,
- Qualifizierte Bildung, berufliche Ausbildung und Weiterbildung unter Berücksichtigung von Neigungen und Leistungsfähigkeit der Behinderten,
- dauerhafte berufliche Eingliederung oder zumindest angemessene Beschäftigung zur Selbstbestätigung und eigenständigen finanziellen Sicherung,
- flankierende Maßnahmen, die den Behinderten bei der Bewältigung seines Schicksals unterstützen, insbesondere im Wohnbereich und im Straßenverkehr,
- Pflege und Betreuung unter menschenwürdigen Verhältnissen, auch dann, wenn der Selbständigkeit des Behinderten Grenzen gesetzt sind,
- **Novellierung des Landespflegegeldgesetzes**, damit künftig auch geistig Behinderte anspruchsberechtigt sind,
- Maßnahmen zur zusätzlichen Bereitstellung von geeigneten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Behinderte.

---

# EINZELTHEMEN

---

## Inhaltsübersicht

---

Abwanderung  
Ältere Arbeitnehmer  
Arbeitnehmerkammern  
Arbeitsplatzsicherung/  
Arbeitszeitverkürzung  
Ausländische Arbeitnehmer  
Behinderte  
Beiräte  
Bremen-Nord  
Bürgerhäuser  
Bürgerinitiativen  
Bürgschaften  
Bundeswehr  
„C“ in der CDU  
Chancengerechtigkeit  
Datenschutz  
Demokratisierung  
Denkmalpflege

Deutschland  
Eigentum  
Energie  
Entwicklungshilfe  
Erziehungsgeld  
Fachhochschulen  
Fischwirtschaft  
Flughafen  
Freie Träger  
Gewaltkriminalität  
Hillmann-Grundstück  
Humanisierung der Arbeitswelt  
Jugendarbeit und  
außerschulische Jugendbildung  
Jugendhilferecht  
Jugendkriminalität  
Juristenausbildung  
Kinderspielplätze

Kleingärtner  
Kulturpolitik  
Landwirtschaft/Landschaftspflege  
Lehrerbildung  
Mitbestimmung in  
öffentlichen Unternehmen  
Mittelstand  
Neue Soziale Frage  
Numerus clausus  
Partnerrente  
Pflegefamilien  
Privatisierung  
Privatschule  
Radio Bremen  
Rechtspflege  
Rente  
Schifffahrt

Schülermitbestimmung  
Schulwege  
Selbständige  
Soziale Marktwirtschaft  
Sport  
Steuerreform  
Strafvollzug  
Suchtgefahren  
Theater  
Universität  
Verbraucher  
Verbrauchermärkte  
Vermögensbildung  
Volkshochschule  
Wachstum  
Werften  
Wirtschaftskriminalität



## Abwanderung

Die Einwohnerzahl des Landes Bremen sank im Jahre 1978 erstmals unter 700 000. Die wesentlichen Ursachen für diese Entwicklung sind die natürliche Bevölkerungsentwicklung und die Wanderungsverluste gegenüber dem Umland. 3000 Einwohner der Stadt Bremen zogen im Jahre 1978 in die niedersächsischen Umlandgemeinden. Die Stadt Bremerhaven hatte einen negativen Wanderungssaldo von 400 Einwohnern gegenüber den Nachbargemeinden zu beklagen. Die Bevölkerungsprojektion bis 1990 weist aus, daß die Wohnbevölkerung in den Städten Bremen und Bremerhaven bis 1990 auf rund 610 000 Einwohner zurückgehen wird.

In dem Zeitraum von 1970 bis 1976 sind 214 Betriebe aus den Bereichen Industrie, Handel und Verkehr aus der Stadt Bremen abgewandert. Rund 170 Handwerksbetriebe verlegten in den Jahren 1970 bis 1978 ihren Firmensitz ins niedersächsische Umland. Mit jedem Betrieb, der Bremen verläßt, gehen den Bürgern dieses Landes Arbeitsplätze und dem Land und den Stadtgemeinden Steuereinnahmen verloren.

Beide Entwicklungen bedrohen langfristig die Existenz unseres Zwei-Städte-Staates. Die CDU hat schon mehrfach – auch in der Bremischen Bürgerschaft – auf diese Gefahren aufmerksam gemacht.

Zur Verminderung der Umlandabwanderung hält es die CDU für dringend erforderlich, daß das Angebot an Grundstücken für den Bau von Einfamilienhäusern im Lande Bremen erheblich ausgeweitet wird. Darüber hinaus sind Maßnahmen zu ergreifen, um das Wohnumfeld in den städtischen Wohngebieten zu verbessern. Um die Abwanderung von Betrieben zu stoppen, ist es erforderlich, ein ausreichend erschlossenes Angebot an Gewerbegrundstücken zu vernünftigen Preisen vorzuhalten und die Belastungen der Betriebe mit Steuern und Abgaben auf ein im Verhältnis zu den niedersächsischen Nachbargemeinden vertretbares Maß zurückzuführen.

## Ältere Arbeitnehmer

Die CDU unterstützt den Anspruch der älteren Arbeitnehmer auf Sicherung eines an-

gemessenen Arbeitsplatzes. Dazu gehört u. a. Anpassung der Arbeitsplätze an die altersbedingte Leistungsfähigkeit, Umsetzung an geeignete Arbeitsplätze im gleichen Betrieb, wirksame Hilfen für die Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer, Förderung und Schaffung von Einrichtungen, die auf die besonderen Lern- und Lebenssituationen älterer Arbeitnehmer abgestimmt sind. Dabei sind die Möglichkeiten tarifvertraglicher und innerbetrieblicher Vereinbarungen zu nutzen. So kann der ältere Arbeitnehmer seine langjährige Berufserfahrung voll einsetzen und vermitteln.

Von längerer Arbeitslosigkeit sind heute besonders ältere Arbeitnehmer betroffen. Das Ende des Arbeitslebens darf nicht Arbeitslosigkeit sein, denn das bedeutet sozialer Abstieg, den die Arbeitnehmer, die die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg unter besonderen Mühen aufgebaut haben, nicht verdienen.

## Arbeitnehmerkammern

In der heutigen Gesellschaft sind Arbeitnehmer – wie nahezu alle Bürger – durch die zunehmende Flut von Gesetzen und Verordnungen sowie durch die ausufernde Bürokratie überfordert und insofern in der Wahrnehmung ihrer Interessen beeinträchtigt.

Die CDU bekennt sich daher grundsätzlich zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch die bestehenden Arbeitnehmerkammern.

Die Interessen aller Arbeitnehmer können aber nur dann ausreichend gewahrt werden, wenn auch in personalpolitischer Hinsicht Organe und Geschäftsführung der Arbeitnehmerkammern nach demokratischen Wahl- und Besetzungsverfahren ausgewogen installiert werden. Arbeitnehmerkammern dürfen nicht zum verlängerten Arm der Gewerkschaften werden.

Ein Zusammenschluß der Arbeiter- und der Angestelltenkammer zu einer einheitlichen Arbeitskammer steht für die CDU nicht zur Debatte.

## Arbeitsplatzsicherung / Arbeitszeitverkürzung

Arbeitslosigkeit ist vorrangig durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu beseitigen. Dies erfordert wiederum eine Wirtschaftspolitik, die sich zur sozialen Marktwirtschaft eindeutig bekennt und damit Vertrauen und Investitionsbereitschaft fördert.

Um die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit kurzfristig zu lindern, sind nach Auffassung der CDU folgende Maßnahmen anzustreben:

- verstärkte Möglichkeit vorzeitigen Ruhestandes,
- längerer Jahresurlaub,
- Förderungsmaßnahmen zur Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen, damit der einzelne zwischen normaler Arbeitszeit bei hohem Einkommen oder längerer Freizeit bei geringerem Einkommen wählen kann,
- weitgehender Abbau von Überstunden und gegebenenfalls Änderung der Arbeitszeitordnung,
- Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen, auch wenn keine Weiterbeschäftigungsgarantie gegeben werden kann,
- Anreize zur Einstellung älterer Arbeitsloser,
- Anreize zur Einstellung von Jungarbeitern mit der Maßgabe der Vermittlung berufsqualifizierender Tätigkeit,
- Teilreform des öffentlichen Dienstrechtes durch eine Entkoppelung zwischen schulischer Vorbildung und Dienstleistungsstufe.

## Ausländische Arbeitnehmer

Staat und Gesellschaft haben Pflichten gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien. Die CDU wird deshalb dafür sorgen, daß die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien

- während ihres Aufenthaltes in Deutschland unter menschenwürdigen Bedingungen leben,
- ihre berufliche Zukunft selbst wählen,
- ihre kulturelle Eigenständigkeit bewahren und

– dadurch die Möglichkeit der Rückkehr und Wiedereingliederung in ihr Heimatland offenhalten können.

Insbesondere müssen Maßnahmen getroffen werden, die Bildungschancen für die Kinder der ausländischen Arbeitnehmer durch besondere Förderkurse zu verbessern, um zu verhindern, daß die Kinder in gesellschaftlicher Isolation aufwachsen.

## Behinderte

Behinderte Menschen leben als Minderheit in einer Gesellschaft, die ihren Belangen noch nicht hinreichend Rechnung trägt. Der soziale Rechtsstaat muß allen Behinderten eine ihren Möglichkeiten entsprechende Chance geben, sich in Beruf und Gesellschaft zu entfalten. Behinderte sind keine Betreuungsobjekte, sie sind Partner. Daher müssen alle Möglichkeiten einer fortschrittlichen Behandlung und Rehabilitation im medizinischen wie im beruflichen Bereich für die Behinderten ausgeschöpft werden, damit sie einen angemessenen Platz in der Gesellschaft finden.

Der Vor- und Fürsorge für Behinderte dienen die Gestaltung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Förderung der Arbeits- und Sozialmedizin sowie die Sicherstellung der werksärztlichen Betreuung.

Die steigende Zahl arbeitsloser, aber arbeitsfähiger Schwerbehinderter, die zur Zeit im Lande Bremen bei über 1000 liegt, darf nicht weiter steigen, sondern muß abgebaut werden. Das erfordert verstärkte Anstrengungen im Bereich der Arbeitsvermittlung, Ausschöpfung der Arbeitsplatzquoten für Schwerbehinderte und Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen für diese Personengruppe.

Bei der Gestaltung der Umwelt müssen wir den Behinderten stärker entgegenkommen. Deshalb will die CDU bauliche und technische Hindernisse beseitigen und behindertengerechte Freizeit- und Sportmöglichkeiten schaffen.

## Beiräte

Die Stadtteilbeiräte (Ortsamtsbeiräte) haben über alle Angelegenheiten, die für ihren Stadtteil von öffentlichem Interesse

sind und ihren örtlichen Zuständigkeitsbereich betreffen, zu beraten und zu beschließen. Sie sind ein wichtiges Instrument der von der CDU gewollten bürgernahen Kommunalpolitik.

Die CDU will die Verstärkung der Rechte der Beiräte.

Sie fordert insbesondere

- die Direktwahl der Beiräte durch die Bevölkerung des Stadtteils,
- die eigenverantwortliche Verwendung stadtteilbezogener und den Beiräten zugewiesener Haushaltsmittel.

Zur Verbesserung einer bürgernahen Mitwirkung hat die CDU zuletzt 1979 einen umfangreichen Gesetzentwurf vorgelegt. Die SPD hat diese CDU-Initiative erneut abgelehnt.

## Bremen-Nord

Bremen-Nord hat seit Jahren die höchste Arbeitslosigkeit im Lande Bremen. Zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur und zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage sind insbesondere folgende Maßnahmen erforderlich:

- Bremen-Nord ist als Entwicklungszentrum auszuweisen, um vor allem durch den Einsatz von Bundesmitteln Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.
- Für die Gewerbegebiete sind umgehend Bebauungspläne zu erstellen und Erschließungsmaßnahmen durchzuführen.
- Die Ansiedlung von mittelständischen Betrieben und Selbständigen ist gezielt zu fördern.
- Das bestehende Defizit an Frauenarbeitsplätzen ist durch besondere Wirtschaftsstrukturmaßnahmen abzubauen.

## Bürgerhäuser

Die Bürgerhäuser sollen der individuellen und kulturellen Selbstentfaltung dienen durch Erholung und Entspannung, Ablenkung und Zerstreuung, Lernen und Weiterbildung, Beteiligung und Engagement, gemeinsame Lernerfahrung und Kreativität.

Das Freizeitangebot muß daher die Bedürfnisse unterschiedlich organisierter, aber auch nichtorganisierter Gruppen und In-

teressenten berücksichtigen. Leider hat in mehreren Bremer Bürgerhäusern der Mißbrauch der Selbstverwaltung zur Politisierung der Arbeit und zur Bevorzugung linker Benutzergruppen geführt.

Da die Bürgerhäuser kommunale Einrichtungen sind, ist ihre Aufgabenerfüllung vom zuständigen Senator beziehungsweise Magistratsmitglied zu verantworten. Durch von den Stadtgemeinden festzulegende Richtlinien ist sicherzustellen, daß allen Bürgern die Möglichkeit der Mitwirkung gegeben wird.

## Bürgerinitiativen

Unser demokratischer Staat braucht auch freie Initiativen und Gruppen, welche die Sachkunde, das Verantwortungsbewußtsein und die tätige Mithilfe möglichst vieler Bürger aktivieren. Solche Bürgerinitiativen tragen zur Verlebendigung der Demokratie bei und können ihr neue Impulse geben. Da sie meist Sonderinteressen vertreten, ist es Aufgabe der politisch Verantwortlichen, ihre Forderungen in übergreifende gesamtpolitische Überlegungen einzubeziehen. Bürgerinitiativen dürfen sich nicht Zuständigkeiten anmaßen, die den gewählten öffentlichen Körperschaften zustehen.

## Bürgschaften

Bürgschaften der öffentlichen Hand können unter folgenden Bedingungen gewährt werden:

- Bürgschaften dürfen unter Berücksichtigung der marktwirtschaftlichen Ordnung erst gewährt werden, wenn alle marktüblichen Gegebenheiten beziehungsweise Selbsthilfemöglichkeiten ausgeschöpft sind.
- Bürgschaften sollen keinen Subventionscharakter haben und wettbewerbsneutral sein. Sie sollen in der Regel objekt- bzw. auftragsbezogen gewährt werden.
- Bürgschaften dürfen nur bewilligt werden, wenn bei dem beantragenden Unternehmen die Kriterien einer ordentlichen Geschäftsführung erfüllt sind und ein erfolversprechendes Konzept für

die Bewältigung der aktuellen Schwierigkeiten vorgelegt wird.

- Bürgschaften sind „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die beteiligten Banken müssen ein angemessenes Risiko mittragen, Bürgschaften sind nicht dazu da, Fehler in der Geschäftsführung eines Unternehmens auszugleichen.

Die Gewährung von Bürgschaften ist auch dann vertretbar, wenn damit internationale Wettbewerbsverzerrungen ausgeglichen werden sollen (z. B. bei Werften).

Unter Beachtung dieser Bedingungen können Bürgschaften dazu beitragen, zukunftsorientierte Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

## Bundeswehr

Die Bundeswehr dient der Abschreckung und Verteidigung. Die Soldaten der Bundeswehr erfüllen den Auftrag des Grundgesetzes, die Bundesrepublik Deutschland zu schützen. Sie sichern den Frieden.

Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert die Bereitschaft aller Bürger, für die Sicherheit unseres freien Gemeinwesens einzutreten. Für diese demokratische Grundpflicht muß bereits in der jungen Generation Verständnis geweckt werden. Die Vermittlung von Kenntnissen über Sinn und Aufgabe der Bundeswehr muß in den Schulunterricht einbezogen werden.

Die CDU hält an der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Grundgesetz fest. Sie achtet das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung, wenn die Entscheidung auf echten Gewissensgründen beruht. Dieses Recht darf nicht zu Lasten der Gemeinschaft mißbraucht werden.

## „C“ in der CDU

Die Christlich-Demokratische Union orientiert ihr Denken und Handeln an den Grundsätzen einer Politik aus christlicher Verantwortung. Aus christlichem Glauben läßt sich jedoch kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist ge-

meinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich, insbesondere auch für die Grundwerte der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist das christliche Verständnis vom Menschen Grundlage und Maßstab zugleich.

Der Mensch ist zur freien Entfaltung im Zusammenleben mit anderen geschaffen. Seine Freiheit beruht auf einer Wirklichkeit, welche die menschliche Welt überschreitet. Der Mensch verdankt sie weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht werden. Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt. Er steht in der Verantwortung vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott. In verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten, ist Gabe und Aufgabe für den Menschen.

Der Mensch ist auf Zusammenleben mit anderen – vornehmlich in festen sozialen Lebensformen – angelegt. Sein Leben verkümmert, wenn er sich isoliert oder im Kollektiv untergeht. Sein Wesen erfüllt sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht.

Unterschiede in Meinungen und Interessen können zu Konflikten führen. Sie sollen offen und in gegenseitiger Achtung ausgetragen und dadurch fruchtbar gemacht werden. Im Streit um den besten Weg muß jeder seinen Standpunkt selbst verantworten. Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit. Widerstand gilt daher denen, die ihre begrenzten Überzeugungen anderen aufzwingen wollen.

Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.

## Chancengerechtigkeit

Gerechtigkeit gibt jedem die gleiche Chance, sich frei zu entfalten und für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen.

Chancengerechtigkeit ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Sie soll jedermann die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit so unterschiedlich zu entfalten, wie es der persönlichen Eigenart des einzelnen entspricht. Dazu gehört zunächst ein gerechter Zugang zu allen Bildungseinrichtungen unter Ausgleich nachteiliger Vorbedingungen. Chancengerechtigkeit bezieht sich aber auch auf die Eröffnung von Mitsprache und Mitverantwortung, auf die Nutzung lebenswichtiger Güter und auf den Erwerb persönlichen Eigentums.

Chancengerechtigkeit schließt den Versuch aus, die menschlichen Existenzen als solche gleichzumachen. Wer dies wollte, dürfte nicht Chancen versprechen, weil sie immer nur nach den unterschiedlichen persönlichen Anlagen des einzelnen genutzt werden können. Er müßte Gleichheit der Ergebnisse zusagen und damit von der Vorstellung ausgehen, der Mensch wäre total verfügbar. Wer die Menschen gleichmachen will, leugnet ihr zur freien Selbstbestimmung geschaffenes verantwortliches Wesen.

## Datenschutz

Die technischen Möglichkeiten der Informationsbeschaffung beschwören die Gefahr eines Eingriffs in die Freiheits- und Privatsphäre der Bürger herauf. Hier tritt nach Auffassung der CDU die Aufgabe des Datenschutzes ein. Datenschutz muß Schutz des Bürgers vor mißbräuchlicher Verwendung seiner Daten sein. Datenschutzrecht ist daher eine Ausprägung des Grundrechtsschutzes.

Wesentliche Schwerpunkte für die CDU im Datenschutz sind:

- In die grundrechtlich geschützte Privatsphäre des Bürgers darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.
- Der Schutz der persönlichen Daten des Bürgers muß im Grundgesetz und in der Landesverfassung abgesichert werden.
- Die Kontrolle der Datenverarbeitung muß im Interesse des Bürgers wirkungsvoll erfolgen. Dazu ist ein Parla-mentarischer Ausschuss mit entsprechenden Kompetenzen erforderlich.

- Beim Mißbrauch von persönlichen Daten des Bürgers muß dieser nach den Grundsätzen der Gefährdungshaftung einen Schadensersatzanspruch erhalten.
- Die Auskunft an den Bürger über gespeicherte Daten muß gebührenfrei erfolgen. Aus den genannten Gründen setzt sich die CDU für die Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes ein.

## Demokratisierung

Die Demokratie als ein System freiheitlicher Konfliktregelung ist weder ein allgemeines Gestaltungsprinzip der Gesellschaft noch lediglich Ordnungsprinzip des Staates. Die Anwendung demokratischer Prinzipien über den politischen Ordnungsrahmen des Staates hinaus auch in gesellschaftlichen Bereichen ist sinnvoll und wünschenswert, wenn vorhandene Interessengegensätze auszutragen sind. Darum sind mehr Machtkontrolle, Wettbewerb, Öffentlichkeit, Durchsichtigkeit, Information und Mitwirkung in Staat und Gesellschaft nötig.

Eine schematische Übertragung demokratischer Verfahren und Strukturen auf alle gesellschaftlichen Bereiche und Institutionen unabhängig von ihren spezifischen Zwecken und Funktionen gefährdet dagegen individuelle Freiheitsrechte und führt zu weitgehender Funktionsunfähigkeit der jeweiligen Sachbereiche. Die konkrete Anwendung demokratischer Strukturen und Verfahren in nicht staatlichen Bereichen ist immer nur aus den Funktionen und Zwecken dieser Bereiche selbst zu begründen.

## Denkmalpflege

In der Denkmalpflege sieht die CDU den Auftrag, durch die Pflege erhaltenswerter Bausubstanz die Daseinsvorsorge und Lebensqualität des Menschen in der Gemeinschaft zu sichern. Die Erhaltung historischer Bauten und gewachsener Strukturen ist Grundlage für das historische, politisch-soziale und geistige Selbstverständnis einer Stadt und trägt zur Unverwechselbarkeit ihres Bildes bei.

Versäumnisse in der Denkmalpflege leiten den Abriss historischer und lokaltypischer

Bauten ein und fördern architektonischen Wildwuchs, der zu einer Verelendung unserer Stadtlandschaft führt.

Die CDU will bedrohte Bausubstanz unter Schutz stellen und durch Finanzierungshilfen im Rahmen privater und öffentlicher Förderungen ihre Restaurierung gewährleisten.

Der Denkmalschutz muß bei allen bauplanerischen Überlegungen der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Deshalb wird die CDU aus Gründen der besseren Effizienz und baulichen Kontrolle dafür eintreten, das Landesamt für Denkmalpflege dem Ressort des Senators für das Bauwesen zu unterstellen.

## Deutschland

Eine Deutsche Nation bestand schon vor der staatlichen Einigung im Jahre 1871; sie hat auch die Teilung durch die Siegermächte nach 1945 überdauert. Die CDU bekennt sich daher voll zur Deutschen Nation und zum Auftrag des Grundgesetzes, auch die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Die CDU verurteilt auf das schärfste die gewaltsame Trennung der beiden Teile Deutschlands und seiner Bürger durch die Sowjetunion und die Regierung der DDR. Sie wird jede Verfälschung des Begriffs der Deutschen Nation insbesondere durch die DDR bekämpfen.

Die CDU fordert - im Bündnis mit den USA und der NATO -, eine Deutschlandpolitik, der das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugrunde liegt. Sie wird darüber wachen, daß weder die Bundesregierung noch der Bremer Senat eine dem Grundgesetz widersprechende Politik betreiben.

## Eigentum

Die CDU bejaht das private Eigentum als wesentlichen Bestandteil unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Sie fördert die Bildung eines breitgestreuten und persönlich verfügbaren Eigentums auch am Produktivvermögen. Persönliches Eigentum gibt dem Bürger Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit. Privates Eigentum kann auf die Dauer nur garantiert werden, wenn es

breit gestreut ist. Alle Bürger sollen die Chance des Zugangs zu den verschiedenen Formen des Eigentums erhalten. Alles Eigentum unterliegt aber sozialen Pflichten; sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle aller Bürger dienen (siehe Vermögensbildung).

## Energie

Unabhängbare Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze ist eine sichere, ausreichende und kostengünstige Energieversorgung. Die CDU wird sicherstellen, daß die konventionellen Energieträger (wie z. B. Kohle, Öl, Gas, Wasser) ausgeschöpft werden, um den zukünftigen Energiebedarf zu decken. Auch bei optimaler Nutzung dieser Energieträger verbleibt auf längere Sicht eine Energielücke. Deshalb fordert die CDU, daß alle Anstrengungen unternommen werden, insbesondere durch verstärkte Forschungsförderung neue, sichere und umweltfreundliche Energiesysteme (wie z. B. Sonne, Wind) zu entwickeln.

Die CDU tritt darüber hinaus dafür ein, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um Energieeinsparungen vorzunehmen. Rationeller Einsatz und sparsame Verwendung sind dringend erforderlich, um den aufgrund des erforderlichen Wirtschaftswachstums notwendigen Energieverbrauch so gering wie möglich zu halten. Die Einsparungspolitik muß sich auf alle möglichen Einsparungspotentiale in den Verbrauchersektoren Haushalte, Industrie, Verkehr und Energieumwandlung konzentrieren.

Nach Auffassung der Bundesregierung und vieler Sachverständiger ist eine ausreichende Energieversorgung nur unter Einbeziehung der Kernenergie möglich (II. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung). Die Bundesregierung trägt für die Ermittlung des Energiebedarfs der Bundesrepublik Deutschland und damit für den Anteil der Kernenergie einschließlich der Zahl der Kernkraftwerke die volle Verantwortung, der sie sich nicht entziehen darf.

Die CDU will, daß beim Einsatz dieser Energieart keine die Gesundheit der Be-



völkerung und die Umwelt beeinträchtigenden Risiken in Kauf genommen werden. Bei Planung, Bau und Betrieb von Kernkraftwerken muß der jeweils neueste Stand der Sicherheitserfordernisse Berücksichtigung finden. Es dürfen weitere Kernkraftwerke erst endgültig in Betrieb genommen werden, wenn

- der sichere Transport des radioaktiven Materials gewährleistet,
- die gefahrlose Wiederaufbereitung der Brennelemente garantiert,
- die optimale Sicherung gegen unzulässige Einwirkungen Dritter auf die Kernkraftanlagen und des Transports von Kernmaterial gelöst sind und
- eine gefahrlose Endlagerung der radioaktiven Abfallprodukte (Atommüll) sichergestellt ist.

## Entwicklungshilfe

Die weltweit zunehmende Verflechtung der Volkswirtschaften, die Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts, die Bevölkerungsexplosion in der dritten Welt und die zunehmende Verknappung von Rohstoffen und fossilen Energieträgern verlangen von uns, daß auch die Entwicklungshilfepolitik des Landes Bremen verstärkt wird. Ihr finanziell begrenzter Beitrag muß in erster Linie dazu dienen, in den ärmsten Ländern der Erde menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen. Vor allem ist dafür Sorge zu tragen, daß dort die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse gesichert wird. Nur so erhalten diese Länder die Chance, sich eigenverantwortlich sozial, wirtschaftlich und friedlich zu entwickeln. Die Pilotprojekte der bremischen Entwicklungshilfe, wie z. B. der Einsatz von Biogasanlagen in Entwicklungsländern, die Slumsanierung in indischen Städten und die Förderung der Fischereiwirtschaft, wie z. B. in Indonesien und Tunesien, sind verstärkt fortzuführen.

Eine langfristig ausgerichtete Entwicklungshilfepolitik darf nicht durch internationalen Protektionismus oder Dirigismus behindert werden. Die internationale Arbeitsteilung und ein freier Zugang zu den Märkten sind Voraussetzungen dafür, daß Entwicklungshilfemaßnahmen zu sich

selbst tragenden Entwicklungen in den betroffenen Ländern führen können.

## Erziehungsgeld

Für die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß es gerade in den ersten Lebensjahren die stetige Gegenwart und Fürsorge zumindest eines Elternteils erfährt. Deshalb hat die CDU bereits 1978 für das Land Bremen die Einführung des Erziehungsgeldes gefordert. Das Erziehungsgeld soll grundsätzlich bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres eines Kindes gezahlt werden. Wegen der angespannten Haushaltslage hat jedoch die CDU als ersten Schritt vorgeschlagen, zunächst das Erziehungsgeld auf solche erwerbstätigen Mütter oder Väter zu begrenzen, die bereit sind, sofort nach der Geburt eines Kindes bzw. im Anschluß an die Mutterschutzfrist vorübergehend aus ihrem Beruf auszuscheiden.

Die wesentlichen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen für die Einführung des Erziehungsgeldes sind:

- ein wirtschaftliches Absinken der Familie durch Verzicht eines Elternteils auf Einkommen aus Erwerbstätigkeit soll verhindert werden,
- in Schwangerschaftskonfliktsituationen soll die Entscheidung für das Kind erleichtert werden,
- dem immer noch anhaltenden Geburtenrückgang soll entgegengewirkt werden, damit auch Voraussetzungen für die langfristige Gewährleistung des Generationenvertrages in der Alterssicherung geschaffen werden,
- dem sonst zwangsläufigen Trend soll entgegengewirkt werden, daß ein ständig wachsender Anteil Kleinkinder unter drei Jahren wegen des Zwanges zur Erwerbstätigkeit beider Elternteile oder eines allein erziehenden Elternteiles in Kinderkrippen betreut werden muß.

## Fachhochschulen

Bei allen Reformüberlegungen soll die eigenständige Zielsetzung der Fachhochschulstudiengänge erhalten bleiben, nämlich durch die Verbindung von Lehre und

Praxis eine anwendungsbezogene wissenschaftliche Ausbildung zu vermitteln. Der praxisbezogene Bildungsauftrag der Fachhochschulen soll durch Lehrpersonen mit umfangreichen berufspraktischen Erfahrungen erfüllt werden. Die CDU lehnt integrierte Studiengänge ab, denn sie befriedigen weder die Erfordernisse der Berufswirklichkeit noch berücksichtigen sie die Begabungsunterschiede der Studenten. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Lehre sowie zur Erhöhung der Durchlässigkeit ist die Kooperation zwischen Universität und Fachhochschulen notwendig. Die Durchführung gemeinsamer Lehrveranstaltungen für Studenten der verschiedenen Hochschuleinrichtungen darf aber nicht zur Senkung des wissenschaftlichen Niveaus führen.

## Fischwirtschaft

Die Fischwirtschaft stellt für Bremerhaven einen strukturbestimmenden Wirtschaftszweig dar. Ende 1978 waren ca. 3000 Personen in der Hochsee- und Kutterfischerei beschäftigt. Rund 10 Prozent aller Arbeitnehmer in Bremerhaven sind direkt mit der Fischwirtschaft verbunden. Die Größenordnung der von diesem Wirtschaftszweig abhängig Beschäftigten erhöht sich beträchtlich, wenn der Personenkreis hinzugerechnet wird, der bei den in Fischereihäfen in Bremerhaven ansässigen Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben tätig ist. Handel und Industrie sind in der Fischwirtschaft mit z. Z. 60 Betrieben repräsentiert. Im Jahr 1977 haben sich weltweit Veränderungen ergeben, die von einschneidender Bedeutung für den Fang und die Verarbeitung von Frischfisch sind. 70 Länder der Erde haben ihre Fischereizonen auf 200 Seemeilen ausgedehnt. Die Europäische Gemeinschaft hat diesen Schritt ebenfalls vollzogen. Eine abschließende Einigung über die Fangquoten der beteiligten Länder im EG-Meer ist an der starren Haltung Großbritanniens bisher gescheitert. Das Fischereiabkommen mit Island ist ausgelauten.

Um die Arbeitsplätze und die Existenzen der in der Fischwirtschaft tätigen Menschen zu sichern, ist es daher erforderlich,

- umgehend Abkommen mit weiteren Drittländern über Fangquoten zu vereinbaren,
- die Quotenregelung im EG-Meer zum Abschluß zu bringen,
- die Produktion auf neue Fischarten auszurichten,
- neue Fanggebiete zu erschließen und anzulaufen,
- Fahrzeuge zeitweilig stillzulegen,
- durch das Abwracken veralteter bzw. unwirtschaftlicher Fahrzeuge eine Kapazitätsanpassung vorzunehmen und
- durch staatliche Werbeaktionen den Fischverbrauch zu stimulieren.

## Flughafen

Bremen, ausgerichtet auf die lebenswichtigen Wirtschaftszweige von Import und Export, kann auf einen Flughafen nicht verzichten. Der Verkehrsflughafen Bremen dient in erster Linie als Zubringer zu den interkontinentalen Flughäfen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft (EG).

Im Jahre 1978 wurden rund 670 000 Passagiere am Flughafen Bremen gezählt. Dies macht deutlich, daß der Flughafen für die Wirtschaft des Weserraumes, für die Bevölkerung Bremens und seines Einzugsgebietes von großer Bedeutung ist.

Die CDU vertritt den Standpunkt, daß der Flughafen voll funktionsfähig und sicher sein muß. Entsprechende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Flugbetriebs und zur Anpassung des Flughafens an geltende Sicherheitsvorschriften sind zu vollziehen. Dazu gehört die volle Nutzung der vorhandenen Start- und Landebahn einschließlich der Ochtumverlegung aus Sicherheitsgründen. Senat und SPD müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie das längst überfällige Konzept für eine Gesamtplanung des Flughafens immer noch nicht vorgelegt haben.

Die CDU vertritt die Ansicht, daß der in der unmittelbaren Nachbarschaft des Flughafens wohnenden Bevölkerung für Schallschutzmaßnahmen an Wohngebäuden öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Entschädigungsregelungen bei Schallschutzmaßnahmen sind schnell und unbürokratisch abzuwickeln.

## Freie Träger

Selbstorganisation muß vor allumfassender staatlicher Planung den Vorrang haben. Die CDU unterstützt daher die freien Träger, sei es in karitativen, sozialen, jugendpflegerischen, schulischen oder anderen Bereichen. Ausgehend von dem Grundsatz partnerschaftlicher Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern erkennt die CDU den freien Trägern einen Anspruch auf gesetzliche Fixierung ihrer Positionen, auf wirtschaftliche Sicherung zu angemessenen Bedingungen, auf freie Gestaltung ihrer Arbeit und auf Beteiligung an der Sozialplanung zu. Für die Förderung der freien Träger spricht, daß sie auch nach den Feststellungen des Bremer Senats sehr viel weniger öffentliche Mittel benötigen als staatliche oder städtische Einrichtungen.

## Gewaltkriminalität

Bei allgemein hohem Kriminalitätsstand nimmt die Gewaltkriminalität im Lande Bremen ständig zu. Ein Staat aber, der Leben und Freiheit der Bürger nicht mehr wirkungsvoll schützen kann, hat eine seiner wichtigsten Aufgaben verfehlt. Das Strafrecht muß daher so gestaltet werden, daß es den neuen Erscheinungsformen der Gewaltkriminalität, insbesondere der Geiselnahmeverbrechen, besser Rechnung trägt. Presse, Rundfunk und Fernsehen, Schulen und Hochschulen, Kirchen und Verbände müssen jeder Verherrlichung oder Verharmlosung der Gewalt entgegen treten.

Notwendig sind verbesserter Schutz der Bürger und der Institutionen sowie der verfassungsmäßigen Ordnung gegen Geiselnahme, Sprengstoff- und Brandanschläge, Straßenkriminalität und Rockerunwesen. Die Behinderung von Gerichtsverfahren durch Terrormaßnahmen, wie Richterbedrohung und Zeuggennötigung, ist energisch abzuwehren. Die CDU fordert daher:

- Beibehaltung der lebenslangen Freiheitsstrafe für Mord.
- Erhöhung des Höchstmaßes der zeitigen Freiheitsstrafe für bestimmte Delikte der Schwerekriminalität von derzeit fünfzehn Jahren auf zwanzig Jahre.

- Bestrafung der Bildung einer kriminellen Vereinigung und der Beteiligung an ihr als Verbrechen.
- Aufnahme des Verbots der sogenannten passiven Bewaffnung und der Maskierung oder Unkenntlichmachung von Veranstaltungsteilnehmern in das Versammlungsrecht.
- Strafanndrohung für die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Veranstaltung.
- Wiedereinführung der Strafanndrohung in Fällen der öffentlichen Aufforderung zur Anwendung von Gewalt auch gegen Sachen und der Befürwortung von Gewalttätigkeiten sowie der Belohnung und Billigung von Straftaten.

## Hillmann-Grundstück

Bei dem Hillmann-Grundstück handelt es sich um eines der wenigen Areale, die noch unbebaut im Bereich der Innenstadt gelegen sind. Die CDU tritt für eine maßvolle Bebauung dieses Grundstücks ein. Die Wallanlagen dürfen durch einen zu errichtenden Baukörper nicht beeinträchtigt werden. Die Birkenstraße ist für den Durchgangsverkehr auch weiterhin offenzuhalten. Die optimale bauliche Nutzung dieses Grundstücks muß im Rahmen eines durchzuführenden Architektenwettbewerbs gefunden werden.

Der Senat hat durch eine völlig verfahrenere und in sich widersprüchliche Baupolitik auch hierbei erneut dem Ansehen Bremens als Verhandlungspartner geschadet und einen Verlust von mehreren Millionen DM für den Haushalt der Stadtgemeinde Bremen verursacht (wie vorher bei Bauhof, Osttangente u. a. m.).

## Humanisierung der Arbeitswelt

Mehr Menschlichkeit im Arbeitsleben zu verwirklichen, ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Die notwendige Arbeitsteilung und die sich daraus ergebende Spezialisierung, die Schwierigkeit, technische Entwicklungen und Zusammenhänge zu überblicken und zu verstehen sowie die fortschreitende Konzentration der Ent-

scheidungsprozesse in vielen Bereichen beeinträchtigen den einzelnen in der bewußten Mitgestaltung seiner Arbeitswelt und hemmen seine Selbstverwirklichung. Die sich daraus ergebenden Probleme und Konflikte zu lösen, ist Ziel einer auf die Humanisierung der Arbeitswelt ausgerichteten CDU-Politik. Dazu gehört die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, die dem einzelnen Mitverantwortung in der Arbeitswelt garantiert, seine Persönlichkeit fördert und ihn vor Fremdbestimmung schützt. Humanisierung der Arbeitswelt bedeutet auch Schutz am Arbeitsplatz, Anwendung der Arbeitsmedizin, innerbetrieblichen Umweltschutz sowie Abbau der Nachteile, die sich für den einzelnen aus einem stark arbeitsteiligen Betriebsprozeß ergeben. Aber auch alle Bemühungen, die Gleichberechtigung der Frau am Arbeitsplatz zu verwirklichen sowie für die Sicherung und entsprechende Gestaltung der Arbeitsplätze für ältere Mitarbeiter zu sorgen, gehören zur Humanisierung der Arbeitswelt. Die CDU bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die Wirtschaft dem Menschen dienen muß. Sie wird ihre Politik darauf ausrichten, daß auch in Zukunft die Würde des Menschen der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft übergeordnet bleibt.

## Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung

Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung sind als eigenständige Teile der Jugendhilfe neben der Erziehung und Bildung in Familie, Schule und Beruf ein wesentliches Element für die positive Entwicklung des jungen Menschen. Zur Erreichung dieses Zieles bedarf es nach Vorstellung der CDU eines differenzierten und vielfältigen Angebots freier und öffentlicher Träger der Jugendhilfe. Die Arbeit der Jugendverbände soll jungen Menschen ein breites eigenverantwortliches Betätigungsfeld eröffnen. Persönlicher Einsatz und ehrenamtliches Engagement sind auch künftig unverzichtbar. Die Ausbildung der hauptberuflichen Fachkräfte ist praxisnah zu gestalten. Einseitigkeit und Indoktrination der Jugendarbeit sind mit unserer freiheitlichen Grundordnung unvereinbar.

## Jugendhilferecht

Die Familie ist Ausgangspunkt und Grundlage für die freie Entfaltung des jungen Menschen. Die CDU bekennt sich deshalb zu einem Jugendhilferecht, das dem Wohl des Kindes in der Familie dient und die Hauptverantwortung für die Erziehung nicht auf staatliche Institutionen verlagert. Nach Auffassung der CDU muß das neue Jugendhilfegesetz dem jungen Menschen konkrete Rechtsansprüche auf Leistungen der Jugendhilfe geben und gleichzeitig die personelle, fachliche und sachliche Grundausstattung der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe langfristig sichern. Die Jugendhilfe muß als gemeinsame Aufgabe von öffentlichen und freien Trägern gesetzlich verankert werden. Dazu gehört die Mitbestimmung der freien Träger bei der Planung und Durchführung der Jugendhilfe sowie ihre Förderung durch die öffentliche Hand.

## Jugendkriminalität

Der Anteil der minderjährigen Täter an der Gesamtzahl der Straffälligen im Lande Bremen ist in zehn Jahren von ca. 25 Prozent auf 36 Prozent gestiegen. Diese Straftaten sind oft entwicklungsbedingt. Sie bergen aber die Gefahr endgültigen Abgleitens in die Kriminalität in sich. Ursachen dafür liegen unter anderem

- in der Familie, wenn die Bindung zwischen Eltern und Kind gelockert ist oder gestört wird,
  - im häufigen Wechsel der Erziehungspersonen vor allem in der Schule, die eine „Verwurzelung“ kaum zuläßt,
  - in negativen Einflüssen in Arbeitswelt und Freizeit,
  - in der Nachahmung bestimmter Verhaltensweisen oder Handlungsmuster, die den Jugendlichen nicht zuletzt durch die Massenmedien nähergebracht werden.
- Zur Vermeidung und Verminderung der Jugend- und Kinderkriminalität und zur Resozialisierung jugendlicher Straftäter ist erforderlich:
- wissenschaftliche Erforschung ihrer Ursachen sowie eine sinnvolle Koordination dieser Arbeiten in Bund und Ländern,



- sinnvolle Freizeitgestaltung der Jugendlichen – z. B. in Spiel- und Sportanlagen – und ihre pädagogische Betreuung, besonders in den Stadtteilen, in denen eine große Zahl der gefährdeten Jugendlichen lebt,
- umfassende Informations- und Aufklärungsarbeit.

Die Zusammenarbeit zwischen allen Institutionen, die sich mit der Bekämpfung der Jugendkriminalität befassen, muß verstärkt werden. Die Aufgaben der Polizei haben subsidiären Charakter. Sie liegen in der Fernhaltung der Jugendlichen von jugendgefährdenden Orten und in der Abwehr von Gefahren, die Jugendlichen und Kindern durch Erwachsene drohen.

## Juristenausbildung

Die CDU will die Ausbildung eines dem Recht im freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaat verpflichteten Juristen. Die CDU begrüßt alles, was die Ausbildung strafft, intensiviert und vor allem jungen Menschen hilft, die genannten Grundsätze besser in die Praxis umzusetzen. In diesem Zusammenhang haben die Sozialwissenschaften ihren legitimen Platz. Die künftigen Richter und Staatsanwälte, Verwaltungsbeamten, Rechtsanwälte und Notare dürfen aber nicht, wie in der Universität Bremen, zu systemverändernden Sozialingenieuren ausgebildet werden.

Die Bürgerschaft, nicht die Universität, legt die Ausbildungsinhalte fest; der Senat, nicht die Universität, muß deren Einhaltung kontrollieren. Die bremische einstufige Juristenausbildung muß daher im Sinne einer Anpassung an die Anforderungen von Justiz und Verwaltung verändert und dem gesetzlich normierten Anspruch auf Gleichwertigkeit mit der bisherigen Ausbildung angepaßt werden. Die Abschlußprüfungen für die Absolventen der bremischen einphasigen Juristenausbildung sind gemeinsam mit den Assessor-examen der zweiphasigen Ausbildung durchzuführen.

## Kinderspielplätze

In unmittelbarer Nähe der Wohnungen müssen geeignete Kinderspielplätze vorhanden sein. Das gilt insbesondere auch für die Altbaugebiete und die Neubauviertel mit einem hohen Anteil von Mehrfamilienhäusern. Dazu reichen die Kinderspielplatzgesetze in Bremen und Bremerhaven nicht aus, die sich nur auf Kinderspielplätze für kleinere Kinder beziehen. Vor allem fehlen Spiel- und Bolzplätze für größere Kinder. Die Kinderspielplatzflächen in Bremen und Bremerhaven entsprechen nicht den Forderungen des Goldenen Plans von 2m<sup>2</sup> Spiel- und Freizeitfläche pro Einwohner. Außerdem sollten alle größeren Spielplätze mit einem Spielplatzhaus und mit Betreuungskräften ausgestattet sein. Viele Entwicklungsschäden und Aggressionen junger Menschen, die der Gesellschaft heute Probleme bereiten, sind nicht zuletzt auf das Fehlen solcher Frei- und Bewegungsräume im Kindesalter zurückzuführen.

## Kleingärtner

Kleingärten bilden ebenso wie Parkanlagen die Grüngürtel einer Stadt – allerdings mit dem Unterschied, daß öffentliche Anlagen mit Steuergeldern unterhalten werden müssen, während der Kleingärtner für die Pflege seines Gartens selbst aufkommt. Gepflegte Kleingartenanlagen gehören zu den bliebesten Spazierwegen. Sie wirken wie ein Magnet auf Besucher, was ihren hohen Freizeit- und Erholungswert unterstreicht. Darüber hinaus leistet der Kleingärtner einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Umweltschutz. Die CDU fordert deshalb, daß die vorhandenen und noch zu schaffenden Kleingartengebiete in Bebauungsplänen ausgewiesen werden und daß keine Kündigungen von Pachtverträgen für Kleingärtner mehr erfolgen ohne verbindliche und termingleiche Bereitstellung von Ersatzgelände.

## Kulturpolitik

Die Kultur ist in aller Vielfalt ihrer Erscheinungen eine humane Gestaltungsform, die als Teil unserer Wirklichkeit Einfluß auf

den einzelnen nimmt. Die Begegnung mit der Kunst, mit Musik und Literatur erschließt schöpferische Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen des Menschen und regt Phantasie und Freude am Gestalten an.

Diese individuelle Ausdrucks- und Gestaltungsform ist staatlicher Planung, Verwaltung und Organisation weitgehend entzogen. Der freiheitliche Staat kann deshalb seinen Kulturauftrag nur sinnvoll wahrnehmen, wenn er sich jenes Maß an Selbstbeschränkung auferlegt, das allein den Freiheitsraum des einzelnen garantiert. Die CDU lehnt deshalb die Monopolisierungstendenzen der bremischen SPD-Kulturpolitik ab und fordert dafür den Verzicht auf reglementierende Eingriffe in die Eigenstaatlichkeit künstlerischen Schaffens. Die CDU wird sich für die Erhaltung und Förderung der traditionellen schöpferischen Kreativität privater bremischer Kultureinrichtungen einsetzen und sich jedem System staatlicher Einflußnahme widersetzen.

Kultur ist keine „Gruppenkultur“, die nur den „kultivierten“ Eliten unserer Gesellschaft vorbehalten ist und der deshalb mit staatlichen Mitteln für eine „Massenkultur“ begegnet werden muß. Staatliche Organisation und Planung von Kultur als verordnete Kultur von oben entzieht nicht nur dem individuellen Freiraum den Boden, sondern nähert sich bürokratischer Kulturzensur.

Für die CDU ist vielmehr die Bewahrung der Bremer Kulturtradition mit ihren gewachsenen Institutionen Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Die CDU will den Freiraum schützen, in dem sich Kultur frei entwickeln kann.

## Landwirtschaft/ Landschaftspflege

Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft im Lande Bremen ist begrenzt. Nur knapp 1 Prozent aller Beschäftigten arbeitet in der Landwirtschaft. Die Zahl der Betriebe belief sich im Jahre 1976 auf 800 und ist rückläufig. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß mehr als ein Drittel der Fläche des Landes Bremen landwirtschaftlich

oder kleingärtnerisch genutzt wird. Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, wie bedeutsam der Beitrag der Landwirtschaft für die Bremer Bevölkerung in der Bereitstellung und Pflege von Naherholungsgebieten ist. Die Landwirtschaft hat die Aufgabe, die vorhandene Kulturlandschaft soweit wie möglich zu erhalten, insbesondere die für Bremen charakteristischen Weidelandschaften und Flußniederungsgebiete. Bei der Verfolgung land- und wasserwirtschaftlicher Maßnahmen ist den Zielen der Landschaftspflege Rechnung zu tragen.

## Lehrerausbildung

Das Bremische Lehrerausbildungsgesetz schreibt die Stufenlehrausbildung vor. Die Jahresberichte der Universität, des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis und des Landesamtes für Schulpraxis und Lehrerprüfungen zeigen, daß der Stufenbezug in der universitären Ausbildung kaum eingelöst wird und die Stufenlehrer nur bedingt einsetzbar sind. Daher kommen die weitaus meisten Referendare noch aus den anderen Bundesländern. Da zudem in Bremen Lehrer nur noch als „Lehrer im öffentlichen Schuldienst“ eingestellt werden, die in den Schulzentren des Sekundarbereichs I Haupt-, Real- oder Gymnasialschüler unterrichten sollen, ziehen viele Lehrer es vor, als Hauptschullehrer, Realschullehrer, Studienräte in anderen Bundesländern zu unterrichten. Betroffen ist davon vor allem der Unterricht in den Mangelfächern, also Musik, Kunst, Sport und Naturwissenschaften.

Die Lehrerausbildung ist an die konkrete Gestalt des Schulwesens anzupassen. Bei einer stufenbezogenen Ausbildung ist sicherzustellen, daß die Lehrer auch in einer benachbarten Schulstufe unterrichten können. Dadurch wird eine flexiblere Verwendung gewährleistet und sichergestellt, daß die Lehrer Unterrichtserfahrungen einer anderen Schulstufe in den Unterricht einbringen.

- Lehrer müssen sichere Fach- und erziehungswissenschaftliche Grundlagenkenntnisse beherrschen.
- Eine zu weitgehende fachwissenschaftliche Spezialisierung der Grundschul-

lehrer ist pädagogisch und schulorganisatorisch abzulehnen.

- Die Aufsicht des Staates über Ausbildung und Prüfung der Lehrer darf nicht beeinträchtigt werden.
- Die CDU wird bei der Ausgestaltung der Besoldung und der Arbeitsbedingungen (Pflichtstundenzahl) der Lehrer dafür sorgen, daß die Absolventen der Bremer Universität gegenüber langjährig unterrichtenden Lehrern nicht ungerechtfertigt bevorzugt werden. Sie wird im Rahmen des rechtlich Möglichen vor allem die Arbeitsbedingungen der bisherigen Grund-, Haupt- und Realschullehrer den veränderten Umständen - u. a. wegen der Einführung der Orientierungsstufe und der Bildung von Schulzentren - anpassen.

## Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen

Die Mitwirkung von Arbeitnehmern in Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften der Privatwirtschaft geht aus von der Annahme, daß

- Interessenkonflikte zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern im Rahmen des Unternehmens institutionell gelöst werden sollen,
- das Unternehmen erwerbswirtschaftlichen Zwecken dient und dabei der externen Kontrolle durch den Wettbewerb unterliegt.

Die für die Privatwirtschaft erarbeiteten Mitbestimmungsvorstellungen eines Gleichgewichts von Kapital und Arbeit in Aufsichtsräten, die auch die CDU vertritt, können aber nicht auf die öffentlichen Unternehmen übertragen werden, deren Anteile sich ganz oder überwiegend in öffentlicher Hand befinden.

- Sie erfüllen den in der Satzung festgelegten Zweck der öffentlichen Daseinsvorsorge - wie die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser oder der öffentliche Personennahverkehr -, dessen Einzelleistungen durch politische und administrative Weisungen festgelegt werden.
- Die Kontrolle über ihre Leistungen, ihre Zielrichtung, inhaltliche Gestaltung und Aufgabenstellung erfolgt nicht durch das

Konsumverhalten des Bürgers im Markt gegenüber konkurrierenden Anbietern von Einzelleistungen, sondern durch Ausübung des Wahlrechts zum Landesparlament und zu den Kommunalparlamenten.

Die Verantwortung für die Entwicklung der Gemeinde und damit für Leistungen, Zielrichtung, inhaltliche Gestaltung und Aufgabenstellung des öffentlichen Unternehmens hat nur das jeweilige Parlament; sie darf ihm nicht entzogen werden, und es darf sich ihrer nicht entledigen. Eine dominierende bzw. paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten führt zur Schwächung des parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystems und privilegiert die Beschäftigten, die ihrerseits das Wahlrecht auch noch ausüben. Die Vertreter der öffentlichen Hand (Senat/Magistrat bzw. Bürgerschaft/Stadtvorordnetenversammlung) müssen in jedem Stadium des Willensbildungsprozesses in den Aufsichtsräten eines öffentlichen Unternehmens die Entscheidung zumindest dann an sich ziehen oder binden können, wenn unmittelbar oder mittelbar die Stadtgemeinde politisch oder finanziell verpflichtet wird, z. B. wenn öffentliche Mittel für das öffentliche Unternehmen oder von ihm ausgegeben werden sollen, wie bei Preisgestaltung oder Investitionspolitik.

Die Einführung der vollen Parität bedeutet, daß die Vertreter der öffentlichen Hand nur die Hälfte der Aufsichtsratssitze und damit keine Mehrheit mehr haben. Die CDU hält eine solche Regelung für unvereinbar mit der Verfassung. Nach Auffassung der CDU müssen Bürgerschaft/Stadtvorordnetenversammlung und Senat/Magistrat aufgrund ihrer auf allgemeine, gleiche und freie Wahlen zurückgehenden Verantwortung für alle Bürger jederzeit in der Lage sein, mit ihrer Mehrheit ihren öffentlichen Auftrag zu erfüllen.

Durch die Einführung der paritätischen Mitbestimmung sollen sämtliche Vertreter der parlamentarischen Opposition aus den Aufsichtsräten gedrängt werden. Die CDU tritt deshalb dafür ein, daß die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten bis zu einer Drittelparität mitwirken, um ihre eigenen Interessen vertreten zu können.

## Mittelstand

Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft ist eine ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Daher bedarf es einer großen Anzahl leistungsfähiger kleiner und mittlerer Unternehmen. Sie sind Teil unserer pluralen Gemeinschaft und garantieren den Wettbewerb als wesentliches Strukturmerkmal dieser Wirtschaftsordnung.

Die Erhaltung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen, die Förderung der freien Berufe sowie die Verbesserung der Möglichkeiten der Existenzgründung sind wesentliche Teile der CDU-Wirtschaftspolitik. Gerade dieser Unternehmenskreis ist im Wettbewerb besonders benachteiligt, weil

- der Staat immer mehr Verwaltung auf die Unternehmen abgeschoben hat,
- er mit Auflagen belastet ist, deren Kosten zwar das Großunternehmen, nicht aber der Kleinbetrieb tragen kann,
- der Zugang zu Eigen- und Fremdkapital schwieriger wird,
- das Wettbewerbsrecht den Leistungswettbewerb nicht ausreichend fördert,
- das Steuerrecht die kleinen und mittleren Unternehmen benachteiligt,
- die Gesetzgebung zu einseitig auf die Belange der Großunternehmen abgestellt wird.

Um die Gesamtsituation der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen zu verbessern, hat die CDU im Januar 1977 zum zweitenmal den Entwurf eines Mittelstandsförderungsgesetzes zur Beratung in die Bremische Bürgerschaft eingebracht (s. a. Abschnitt Mittelstand im Aktionsprogramm).

## Neue Soziale Frage

Eine Sozialpolitik, die den Anspruch erhebt, mehr Menschlichkeit und mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, muß Antworten auf die sozialen Probleme ihrer Zeit geben. Die CDU hat als erste politische Kraft erkannt, daß zu den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit Konflikte zwischen organisierten und nicht organisierten Interessen, Erwerbstätigen und nicht im Berufsleben stehenden Menschen, Mehr-

heiten und Minderheiten getreten sind. Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls hat die Aufgabe, die Machtlosen und die Minderheiten in der Gesellschaft im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage.

Die Neue Soziale Frage erfordert eine neue soziale Politik. Sie ist soziale Ordnungspolitik. Ihre Handlungsprinzipien sind:

- Die sozialen Leistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert werden.
- Durch eigene Leistung oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbene Rechtsansprüche verdienen besonderen Schutz.
- Die sozialen Leistungen müssen humaner und wirtschaftlicher erbracht und so geordnet werden, daß ihre soziale Wirksamkeit erhöht wird.
- Es ist besser, die Entstehung sozialer Übel zu verhindern, als sie nachträglich zu beseitigen. Deshalb müssen bereits in den Planungen die wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

## Numerus clausus

Intensive Bildungswerbung und Erschließung neuer Abiturienten-Schichten sowie die Verlängerung der Studienzeiten haben trotz ungeheurer Investitionen im Hochschulbereich zu einem Fehlbestand an Studienplätzen zumindest bei den sogenannten harten Numerus-clausus-Fächern geführt. Zugleich sind die Kosten der Studienplätze auf durchschnittlich weit über 100 000 DM gestiegen. Dem Numerus clausus kann also nicht mit dem forcierten Bau neuer Studienplätze abgeholfen werden, zumal wegen der rapide sinkenden Geburtenzahlen spätestens von 1985 an mit einem Rückgang der Abiturientenzahlen - und damit der Studentenzahlen - zu rechnen ist. Zum Abbau des Numerus clausus müssen die Studienzeiten durch sachgerechte Studienreformen ohne Senkung des wissenschaftlichen Niveaus herabgesetzt werden; die Abschlüsse der Fachhochschulen sind - auch bei Einstellungen im öffentlichen Dienst - aufzuwerten, um die Zahl



der Überwechsler von den Fachhochschulen in die Universitäten herabzusetzen; das Zahlenverhältnis von Lehrenden und Lernenden ist zur Überwindung der bestehenden Engpässe zu vergrößern; schließlich dürfen die Hochschulen nicht durch vor allem ideologisch bestimmte Reformexperimente zusätzlich belastet werden.

Darüber hinaus sind die Hochschulen dadurch zu entlasten, daß attraktive Aufstiegswege auch für diejenigen geschaffen werden, die nicht studiert haben. Grundsätzlich müssen – auch beim Staat – gleichwertige berufliche Ziele über ein Hochschulstudium ebenso wie über eine durch wissenschaftliche Zusatzqualifikation angereicherte berufliche Ausbildung erreicht werden können.

## Partnerrente

Das CDU-Modell der Partnerrente ist die Antwort auf die gegenwärtigen Mängel unseres Alterssicherungssystems unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Mit dem Modell der Partnerrente unternimmt die CDU den Versuch, die Rentenansprüche gerechter als bisher auf Mann und Frau aufzuteilen. Die Partnerrente ist mit Ausnahme der Kosten für die Erziehungsjahre kostenneutral konzipiert. Sie ist in ihren Einzelheiten ausreichend flexibel angelegt, um nach ausführlichen versicherungsmathematischen Berechnungen eine Kostenneutralität zu gewährleisten.

Mit der Schaffung einer eigenständigen Alterssicherung will die CDU die Wahlfreiheit der Frau zwischen Berufs- und Hausfrauertätigkeit erhöhen. Danach sollen künftig

- Witwe und Witwer etwa 75 Prozent der gemeinsamen Rentenansprüche erhalten, die finanzielle Situation der Hausfrau würde also wesentlich verbessert,
- nicht erwerbstätige Hausfrauen bei Invalidität aufgrund ihrer eigenen Rentenansprüche eine Rente erhalten,
- Erziehungsjahre rentensteigernd angerechnet werden,
- Beitragszeiten, die noch nicht die gesetzlich vorgeschriebene Basiszeit von 15 Jahren erfüllen, sowie die beitragslosen Zeiten nicht mehr verfallen.

## Pflegefamilien

Die Betreuung der Pflegefamilien und der heilpädagogischen Pflegestellen für verhaltensgestörte junge Menschen muß verstärkt werden, um Heimerziehung auf die Fälle zu beschränken, in denen eine Erziehung in der eigenen Familie oder in einer Pflegefamilie trotz aller Hilfen durch Fachkräfte für die Familie nicht mehr möglich ist. Die rechtliche Ausgestaltung der Pflegeverhältnisse ist zu verbessern und das Pflegegeld so zu bemessen, daß es auch eine Anerkennung der pädagogischen Leistung der Pflegeeltern beinhaltet. Die Heimerziehung bedarf besonders ausgebildeter Fachkräfte und einer familienähnlichen Strukturierung.

## Privatisierung

Die CDU wird der privaten Initiative in unserem Staat wieder mehr Raum geben. Deshalb müssen, wo immer dieses möglich ist, auch geeignete öffentliche Aufgaben auf Private übertragen werden.

Die nachfolgend aufgeführten Punkte von grundsätzlicher Bedeutung sollen als Mindestanforderungen bei Entstaatlichungsmaßnahmen Berücksichtigung finden:

- Eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben darf nur erfolgen, wenn die jeweiligen Leistungen allen Bürgern dauerhaft und ohne Abstriche an Qualität und Quantität zur Verfügung gestellt werden.
- Der Besitzstand der betroffenen Arbeitnehmer aus dem öffentlichen Dienst bezüglich der Arbeitsbedingungen und der sozialen Leistungen ist dabei zu wahren.
- Vor einer Vergabe von Leistungen an private Dritte ist darauf zu achten, daß nur Firmen zum Zuge kommen, die tarifvertragsfähig sind und Tariflöhne zahlen. Die Firmen müssen der Sozialversicherungspflicht nachkommen.

## Privatschule

Schulen in freier Trägerschaft bereichern und ergänzen das Bildungsangebot. Sie sind Bestandteil einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung und sind oft Schrittmacher der pädagogischen Weiter-

entwicklung. Sie entlasten Staat und Gemeinden finanziell. Eltern und Schüler haben so die Wahl zwischen Schulen verschiedener Prägung. Die CDU begrüßt, daß durch eine Reihe von Neugründungen von Privatschulen das Bildungsangebot vergrößert wird.

Die Alternative zur verfehlten Schulpolitik des SPD-Senats kann aber nicht allein die Gründung von Privatschulen sein, da diese nur eine Minderheit von Schülern aufnehmen können. Die CDU wird daher das bremische öffentliche Schulwesen insgesamt wieder mehr an den Wünschen und Vorstellungen der Eltern sowie den Bedürfnissen der Schüler orientieren.

## Radio Bremen

Die CDU tritt für einen selbständigen Bremer Sender ein. Dieser kann allerdings nicht Selbstzweck sein. Art. 5 GG beinhaltet vor allem das Recht des Bürgers auf Informationen. Die Sendungen des Rundfunks sollen von demokratischer Gesinnung und unbestechlicher Sachlichkeit getragen sein. Der Rundfunk hat sich mit allen Kräften für die Ideale von Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit, Duldsamkeit und Achtung vor der einzelnen Persönlichkeit einzusetzen.

Die CDU will, daß

- die Stellen bei Radio Bremen nach fachlichen Gesichtspunkten, nicht aufgrund des SPD-Parteibuches besetzt werden,
- die Überparteilichkeit der Mitarbeiter der Rundfunkanstalt Prinzip ihrer journalistischen Arbeit ist,
- eine unabhängige Kontrolle Radio Bremens als einer öffentlich-rechtlichen Anstalt nur durch von der Allgemeinheit beziehungsweise gesellschaftlichen Gruppen legitimierte Vertreter erfolgt,
- das Intendantenprinzip beibehalten wird, weil eine klare personengebundene Verantwortung besser ist als die Letztverantwortung durch ein kollektives Gremium.

## Rechtspflege

Grundlage für friedliches Zusammenleben in der modernen Gesellschaft ist das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit einer

funktionsfähigen und unabhängigen Justiz. Die „dritte Gewalt“ im Lande Bremen aber ist durch Personalmangel, schlechtes Arbeitsklima und Bevorzugung von SPD-Genossen bei Beförderungen gekennzeichnet. Unerträglich lange Verfahren kommen einer Rechtsverweigerung nahe. Im Interesse größerer Gerechtigkeit und eines verbesserten Schutzes der Bevölkerung sind Straftäter unverzüglich anzuklagen und abzuurteilen. Hierzu gehört auch die rigorose Heranziehung der Verantwortlichen zum Ersatz bei Gewalttaten und Demonstrationen angerichteter Schäden.

- Durch zusätzliche Richterstellen, weitere Stellen für nichtrichterliches Personal, verbesserte Gerichtsorganisation, Rationalisierung der Gerichtsverwaltung, Entlastung der Richter und Staatsanwälte durch Hilfskräfte und den Einsatz technischer Hilfsmittel ist eine Verkürzung der Prozeßdauer zu erreichen.
- Ein Justizentwicklungsplan muß den mittelfristigen Personalbedarf der bremischen Justiz ermitteln, so daß der Rückstand an unerledigten Prozessen innerhalb von zwei Jahren abgebaut wird.
- Über den Bundesrat ist die Vereinheitlichung des Verfahrensrechts für alle Zweige der Gerichtsbarkeit anzustreben, um die Verfahren zu beschleunigen und dadurch den Rechtsschutz für die Bürger zu erhöhen.

## Rente

Die CDU hat 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, die auch international als Beispiel einer vorbildlichen Sozialpolitik gilt. Diese in der Nachkriegszeit bedeutendste Sozialreform darf nicht staatlicher Willkür anheimgestellt und ruiniert werden. Die CDU hält nach wie vor an der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente fest.

Auch in Zukunft wird die CDU durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und durch eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung die Verlässlichkeit der Grundlagen unserer Altersversorgung und die Teilhabe der Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt

garantieren. Die Rentenversicherung beruht auf dem Generationenvertrag. Die jeweils arbeitende Generation sorgt durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Generation und durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft. Bestand kann der Generationenvertrag nur haben, wenn beide Leistungen als ebenbürtige Leistungen zum Generationenvertrag anerkannt werden. Dies zu sichern ist Aufgabe der gesetzlichen Ordnung des Generationenvertrages.

## Schifffahrt

Die deutsche Handelsschifffahrt hat in der Wirtschaft des Landes Bremen einen hohen Stellenwert, von dem die Hafenwirtschaft und die Werften profitieren. Etwa 25 Prozent der deutschen Handelsflotte hat ihren Heimatsitz im Lande Bremen.

Seit etwa 1969 hat die deutsche Schifffahrt einen tiefgreifenden Strukturwandel erfahren. Neue Schiffstypen wie Vollcontainerschiffe, Roll-on-roll-off-Schiffe und Lasheschiffe zwingen zu erheblichen Investitionen und zum Verkauf konventioneller und überalterter Tonnage. Dieser Prozeß kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden.

Die Seeschifffahrt bedrängen viele Probleme, wie Verfall des US-Dollar, gestiegene Bunkerpreise infolge Rohölpreisanstieg, Frachtenverfall bedingt durch Überkapazitäten in der Tanker- und Massengutfahrt, erhebliche Frachteinbußen der deutschen Linienreederei wegen Dumpingraten der östlichen Staatshandelsländer (COMECON), Unsicherheit ob und wann der UNCTAD CODEX für Linienschifffahrt in Kraft tritt, Unsicherheit neuerdings auch wegen einer von den Rohstoffländern angestrebten Ladungsaufteilung in der Massengutfahrt (Manila-Konferenz).

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die bestehenden internationalen Wettbewerbsverzerrungen zuerst im Rahmen der EG abgebaut werden. Die UN-Konvention über einen Verhaltenskodex für Linienschifffahrt muß so schnell wie möglich in Kraft treten. Die Wettbewerbsverzerrungen müssen z. T. durch nationale Hilfen ausge-

glichen werden, und die deutsche Handelsschifffahrt muß durch bilaterale Abkommen vor dirigistischen Maßnahmen anderer Schifffahrtsnationen geschützt werden. Nach Auffassung der CDU muß die deutsche Schiffsbesetzungsordnung geändert werden, um ein weiteres Ausflaggen der deutschen Handelsflotte zu verhindern. Die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Küstenländer und der Verkehrsminister „Auffassungen und Zielvorstellung zur Seeschifffahrtspolitik“ müssen schnell in konkrete Hilfen für die betroffenen Schifffahrtsunternehmen umgesetzt werden.

## Schülermitbestimmung

Die CDU bekennt sich zum Mitbestimmungsrecht für Schüler. Sie tritt für deren Beteiligung an den Mitbestimmungsorganen der Schule ein. Mitbestimmung in der Schule ist jedoch kein Selbstzweck, sie darf auch nicht zum Hauptanliegen der Schule werden. Der Hauptauftrag der Schule bleibt nach wie vor Wissensvermittlung und Erziehung. Diesem Ziel ist auch die Mitbestimmung unterzuordnen. Sie stellt aber – wenn sie sinnvoll gehandhabt wird – eine gute Hilfe zur Erreichung dieses Zieles dar.

Die Schülervertretungen sind in den Meinungsbildungsprozeß der Bildungsbehörde stärker einzubeziehen. Sie haben das Recht auf rechtzeitige, umfassende und verständliche Information.

## Schulwege

Die von der SPD betriebene Schaffung von Schulzentren und die Integration von Hauptschule, Realschule und Gymnasium führt zwangsläufig zu Mammutanstalten und damit zu immer längeren Schulwegen. Insbesondere dürfen daher trotz des inzwischen eingetretenen Schülerschwundes nicht noch mehr Grundschulen aufgelöst, sondern diese müssen gegebenenfalls einzügig geführt werden, so daß grundsätzlich in jedem Ortsteil eine Grundschule besteht. Auch die Verlegung der Berufsschulen an den Rand der Stadt führt zu Schulwegen quer durch Bremen, die keinem Berufsschüler zugemutet werden sollten.

## Selbständige

Eine funktionsfähige Marktwirtschaft bedarf der ständigen Belebung durch die Gründung und Entfaltung neuer selbständiger Existenzen. Eine größere Zahl selbständiger Existenzen bedeutet mehr Wettbewerb und mehr Arbeitsplätze. Darüber hinaus erfüllt sie jedoch nicht nur ein wichtiges wirtschafts-, sondern auch ein wesentliches gesellschaftspolitisches Anliegen: Die Förderung von mehr Vielfalt in unserer Gesellschaft.

Bremen hat eine unterdurchschnittliche Selbständigenquote. Die bisherige Förderung von Existenzgründungen ist unzureichend. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Voraussetzungen für die Gründung und Entfaltung selbständiger Existenzen im Land Bremen verbessert werden. Dies gilt besonders für die Ausweitung einer kostenlosen Beratung durch die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, für den Abbau bürokratischer Hemmnisse sowie für eine niedrigere Steuerbelastung in den ersten Jahren nach Gründung einer selbständigen Existenz.

## Soziale Marktwirtschaft

Die CDU vertritt ein dynamisches Konzept der sozialen Marktwirtschaft als ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle Bürger. Die Grundlagen sind

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität,
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

Wir wollen die soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, daß die persönliche Initiative gestärkt und immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht wird. Die soziale Marktwirtschaft steht im Gegensatz zur sozialistischen Einengung freiheitlicher Rechte, zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und zu unkontrollierten Wirtschaftsformen liberalistischer Prägung. Sie ist privilegienfeindlich und richtet sich gegen jeden staatl. Dirigismus. Die soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet,

- persönliche Freiheit,
- Gleichheit der Chancen,
- Eigentum,
- wachsenden Wohlstand und
- sozialen Fortschritt

für alle Bürger zu verwirklichen und zu sichern. Neue wirtschaftliche und soziale Bedingungen stellen Anforderungen an die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftssystems. Die CDU wird die soziale Marktwirtschaft entsprechend den neuen Anforderungen ständig fortentwickeln.

## Sport

Die zunehmende Freizeit erhöht das Interesse an sportlicher Betätigung und damit die Anforderungen an die Sportvereine. Der Sport ist für die erzieherische, gesundheitliche und soziale Betreuung der Bevölkerung unersetzlich. Die Schaffung ausreichender Möglichkeiten sportlicher Betätigung durch Bau von Sportanlagen und Förderung der Sportvereine ist daher ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und Teil der Gesundheitspolitik. Die Vereine sind ohne öffentliche Hilfe außerstande, ihre gesellschaftspolitischen Aufgaben zu erfüllen.

Schon vor Jahren hat die CDU daher das mittlerweile verabschiedete Bremische Sportförderungsgesetz vorgelegt. Der Sport bedarf der kontinuierlichen und ausreichenden Förderung. Die CDU vertraut auf die Bereitschaft und die Fähigkeit der freien Träger des Sports, ihre Aufgaben in eigener Verantwortung und Selbstverwaltung zu leisten. Es muß genug Sporteinrichtungen geben, die Übungsleiter und Trainer müssen vernünftig bezahlt, die Vereine organisatorisch unterstützt werden. Für den Berufssport gelten andere Kriterien. Breiten- und Leistungssport müssen gleichberechtigt gefördert werden, denn sie bedingen einander: Das Ansehen des Sports ist auch abhängig von den Leistungen der Spitzensportler.

Im Schulsport müssen drei Stunden pro Woche Sportunterricht erteilt und ausgebildete Sportlehrer in ausreichender Zahl eingestellt werden. Zusätzlich müssen die Schulhöfe zur aktiven Pausengestaltung

umgestaltet und außerhalb der Unterrichtszeit allen Kindern geöffnet werden. Die Schulsportanlagen müssen, wo immer möglich, den Sportvereinen zur Benutzung überlassen werden.

Das Sportangebot für Behinderte und zur Rehabilitation ist erheblich zu erweitern. Behindertensportvereinen und Sportvereinen, die sportliche Angebote zur Rehabilitation machen wollen, sind daher verstärkte Hilfen zur Erreichung dieses Zieles zu gewähren.

## Steuerreform

Die Belastung mit Steuern und Abgaben hat die Grenze der Leistungsfähigkeit der Bürger erreicht. Das geltende Recht muß daher im Rahmen einer umfassenden und stufenweise zu verwirklichenden Steuerreform den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielen entsprechend neu gestaltet werden. Bei dieser Reform muß den Zielen der Steuervereinfachung, der Steuergerechtigkeit und der Überschaubarkeit des Steuersystems Rechnung getragen werden. Die Bremer CDU stellt sich eine fortschrittliche Steuergesetzgebung vor, die folgende Bedingungen erfüllt:

- durch eine Neugestaltung des Lohn- und Einkommenssteuertarifs sind die Arbeitseinkommen gleichmäßiger zu belasten und ist eine gerechtere Vermögensverteilung herbeizuführen,
- durch die Senkung der substanzbesteuernden Tarife bei der Gewerbesteuer ist die Eigenkapitalausstattung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern,
- allen Schichten der Bevölkerung muß die Teilhabe am Produktivkapital der Volkswirtschaft ermöglicht werden,
- eine wettbewerbsneutrale Gestaltung des Steuersystems muß die Bedingungen der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärker berücksichtigen, eine Harmonisierung der Steuersysteme in der EG anstreben, durch einfachere Ausgestaltung den Verwaltungsaufwand verringern und übersichtlicher für die betroffenen Bürger sein,

Steuerhinterziehungen besser zu erfassen in der Lage sein und der Steuerflucht wirksam entgegenwirken können.

## Strafvollzug

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten. An diesem Ziel ist das Bestreben nach Wiedereingliederung von Straftätern auszurichten und findet es seine Grenzen. Die Strafe hat zudem auch Sühnecharakter für begangenes Unrecht. In zum Teil abbruchwürdigen Justizvollzugsanstalten sowie mit völlig überlastetem Personal ist ein auf Resozialisierung ausgerichteter Strafvollzug aber nicht möglich. Die Versorgung der Justizvollzugsanstalten mit qualifiziertem Personal reicht nicht aus. Das Land Bremen beschäftigt im Vergleich zum Bundesgebiet die wenigsten Bewährungshelfer. Eine Reform des derzeitigen Strafvollzugs in Bremen ist unabdingbar. Dazu gehört auch Hilfe zur Resozialisierung. Bevor jedoch höchst unzulänglich mit Reformvorhaben begonnen wird, müssen die vorhandenen Anstalten wenigstens funktionsfähig erhalten beziehungsweise gemacht werden. Vor allem aber ist eine zügige, verbesserte Aus- und Fortbildung des vorhandenen Personals notwendig.

## Suchtgefahren

Unter den Begriff „Drogen“ fallen nicht nur die sogenannten Rauschmittel, sondern auch Arznei- und Giftstoffe. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Mißbrauch von Drogen gewissen Modeströmungen unterliegt. Häufigste Einstiegsdroge ist heute der Alkohol.

Die Alkohol-, Rauschmittel- und Medikamentensucht hat ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Insbesondere steigt der Anteil der Alkoholkranken in unserer Gesellschaft. Die nachteiligen Folgen für den einzelnen, seine Familie und die Gesellschaft sind groß, der volkswirtschaftliche Schaden ist erheblich. Die Sucht und

insbesondere die Sucht bei Jugendlichen ist daher angesichts der schweren Gefahren für die Persönlichkeitsentwicklung, die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der heranwachsenden Generation ein besonderes familienpolitisches, gesellschaftliches und volkswirtschaftliches Problem. Die CDU sieht als Maßnahme zur Suchtverhütung den Schwerpunkt der Suchtkämpfung in der Aufklärung.

Dabei sind vorrangig:

- Stärkung des Gesunden und insbesondere der gesunden Familie als Leitbild der Jugend,
- Vermeidung der Verharmlosung des Alkohol-, Rauschmittel- und Medikamentenmißbrauchs,
- Vermittlung der Erkenntnis, daß Probleme nicht durch Drogen gelöst werden können, und Aufklärung insbesondere von Eltern, Ärzten, Lehrern, Kindern und Jugendlichen über die Folgen der Abhängigkeit von Alkohol, Rauschmitteln und Medikamenten,
- Ausbau von Beratungsstellen mit ausreichend qualifizierter personeller Besetzung,
- Abbau bürokratischer und rechtsformeller Barrieren bei der Behandlung von Suchtkranken.

Im Rahmen der Drogenbekämpfung ist eine härtere Bestrafung derjenigen notwendig, die als Geschäftemacher Leben und Gesundheit vieler Menschen, insbesondere Jugendlicher, ruinieren.

## Theater

Eine der wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben der kommenden Jahre ist die Sanierung der Theater in der Stadtgemeinde Bremen. Die CDU wird sich für eine effizientere Nutzung der Spielstätten der Theater einsetzen, wobei als Garantie für das künstlerische Niveau des Drei-Sparten-Theaters der Bau eines neuen oder der großzügige Umbau des alten Theaters in Angriff genommen werden muß.

Durch Änderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes ist sicherzustellen, daß bei der Einstellung des künstlerischen Personals des Stadttheaters Bremerhaven der Personalrat mitwirkt, wenn der betreffende

Bedienstete dies wünscht (Tendenzschutz). Neben den Theatern in Bremen und Bremerhaven gibt es auch eine Vielzahl von privaten und Laienbühnen, die der staatlichen Unterstützung bedürfen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die vielfältige Struktur des Sprechtheaters im Land Bremen erhalten und lebensfähig bleibt.

## Universität

Die Bremer Universität wird den Anforderungen an Lehre und Forschung, wie sie in einer modernen, auch durch Leistung geprägten Gesellschaft entstehen, nicht gerecht. Sie ist hochschulpolitisch und in der Fachwelt in die Isolation geraten, weil die Bremer SPD sie als „Gegenuniversität“ wollte und will.

Die durch das Bremische Hochschulgesetz von 1977 festgeschriebene Politisierung der Entscheidungsgremien und der damit verbundene Zentralismus ihrer Entscheidungsstrukturen lähmen die Initiative der für Lehre und Forschung Verantwortlichen. Die kostspielige und zeitaufwendige Gremienarbeit ist auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Qualität und Leistungsfähigkeit von Lehre und Ausbildung müssen dem Standard der anderen deutschen Hochschulen entsprechen, damit die Abschlußqualifikationen in den anderen Bundesländern uneingeschränkt anerkannt werden können.

Ein weiterer Ausbau der Universität ist hochschulpolitisch und finanzpolitisch heute nicht zu verantworten. Zunächst einmal müssen die bestehenden Fachbereiche im organisatorischen Ablauf wie in der wissenschaftlichen Arbeit Leistungen erbringen, die aber ohne eine grundlegende Strukturveränderung nicht bewirkt werden können.

## Verbraucher

Im Interesse der Verbraucher ist ein ausreichender Wettbewerb notwendig. Ein weitgefächertes Angebot von Produkten und Dienstleistungen entspricht der Vielfalt menschlicher Bedürfnisse am besten. Jede den Wettbewerb mindernde Konzentration schränkt diese Vielfalt und die Wahlfreiheit der Konsumenten ein. Um die



Wahrnehmung dieser Wahlfreiheit zu verbessern, muß die Verbraucherposition gestärkt werden. Damit wird zugleich der Wettbewerb auch von der Nachfrageseite her gefördert. Hierzu muß der Markt für den Verbraucher durchsichtig bleiben. Über Warenangebote zu unterrichten, ist das Recht und der Sinn der Werbung. Gegenüber unseriöser Werbung muß das Verbraucherbewußtsein durch entsprechende Beratung und Aufklärung geschärft werden.

## Verbrauchermärkte

Die CDU ist der Auffassung, daß die weitere Errichtung von Großprojekten des Einzelhandels wie Einkaufszentren, Verbrauchermärkte und entsprechende Einkaufseinrichtungen für den Endverbraucher ein Ausmaß annehmen kann, das die Lebensfähigkeit unserer Stadtkerne, die Funktionsfähigkeit unserer Gemeinwesen und die notwendige Nahversorgung der Bevölkerung beeinträchtigen wird.

Die CDU fordert, die planungsrechtlichen Grundlagen auszubauen und Genehmigungen im Rahmen der jeweiligen Rechtslage u. a. unter Beachtung folgender Kriterien zu erteilen:

- wo ihre Erschließung durch entsprechende Verkehrsflächen und -anlagen sowie ausreichende Stell- und Parkplätze gesichert ist,
- wo die bestehende bauliche und verkehrliche Struktur des betreffenden Gebietes dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen gewachsen ist,
- wo sie die Entwicklung einer funktionsfähigen Stadt- oder Stadtteilstruktur nicht nachteilig beeinträchtigen, die Nahversorgung der Bevölkerung nicht gefährden und keine unzumutbaren Belästigungen und Störungen für die Umgebung erzeugen.

## Vermögensbildung

Die freiheitliche Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft basiert auf den Prinzipien Leistung, Wettbewerb und Privateigentum auch an den Produktionsmitteln. Die Beteiligung vieler Bürger am Kapital der Wirtschaft stärkt diese Wirt-

schaftsform und fördert die soziale Partnerschaft. Sie steigert die Investitionsfähigkeit der deutschen Unternehmen und schafft auf diese Weise zukunftssichere Arbeitsplätze.

Sparförderung und Eigentumsbildung sind wichtige Ziele des vermögenspolitischen Programms der CDU. Eine Vermögensbildungspolitik muß solange unvollständig bleiben, wie sie nicht auch die Beteiligung breiter Schichten der Bevölkerung am Produktivvermögen der Volkswirtschaft anstrebt. Eine solche Politik ist eine Kampfansage an die Gegner unserer Gesellschaftsordnung, sie ist die konsequente Alternative und überzeugende Antwort auf kollektivistische Vorstellungen. Die CDU lehnt daher alle Pläne ab, in denen die Beteiligung der arbeitenden Menschen am Produktivkapital durch die Einbringung dieser Anteile in zentrale Fonds bei Entzug der Verfügungsrechte für die Anteilseigner erreicht werden soll.

Die CDU will insbesondere, daß

- Eigentum beim Arbeitnehmer zusätzlich geschaffen wird, über das er frei verfügen kann,
- allen Arbeitnehmern ein verfügbares Miteigentum am Produktivvermögen ermöglicht wird,
- der Freiheitspielraum des einzelnen für eine persönliche und eigenverantwortliche Lebensgestaltung erweitert wird,
- vermehrt Kapital für Investitionen, Wachstum und Vollbeschäftigung bereitgestellt und breite Schichten an der zukünftigen Kapitalbildung beteiligt werden.

Wegen ideologischer Schwierigkeiten in der Bonner SPD/FDP-Koalition ist es bisher nicht gelungen, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen durchzusetzen. Da auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Idee des Beteiligungslohnes im Sinne der CDU favorisiert, wird die CDU in ihrem Bemühen nicht nachlassen, dieses Ziel zu erreichen.

## Volkshochschule

Die Volkshochschulen sind öffentliche Weiterbildungseinrichtungen. Sie müssen daher ein bedarfsdeckendes und bedürf-

nisweckendes Veranstaltungsangebot für alle und nicht nur für ausgewählte Bürgerinteressen machen. Spezielle Zielgruppen können zwar besonders angesprochen werden, aber die Bildungsarbeit darf nicht ausschließlich auf Problemgruppen ausgerichtet sein. Bildung in der Volkshochschule darf nicht nur das Lernen der Interessendurchsetzung sein, sondern sollte gerade dazu beitragen, ein Verständnis für das Anderssein zu ermöglichen. In diesem Rahmen haben die Volkshochschulen Lehr-, Informations- und Programmfreiheit. Als nachgeordnete Dienststelle des Senators für Wissenschaft und Kunst in Bremen beziehungsweise des Magistrats in Bremerhaven haben diese die Dienst-, Fach- und Rechtsaufsicht voll wahrzunehmen. Insbesondere muß in der Bremer Volkshochschule die Politisierung der Bildungsinhalte und Veranstaltungen abgebaut werden, die zu einem starken Rückgang der Besucherzahlen geführt hat.

Damit besser als bisher die Offenlegung der Finanzierung, der Programminhalte und Ziele, der Arbeitsformen und der Teilnehmerstatistik gewährleistet ist, fordert die CDU ein eigenes Volkshochschulgesetz für Bremen.

## Wachstum

Wirtschaftliches Wachstum ist kein Selbstzweck. Es ist vielmehr die Voraussetzung, um Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen, unser bewährtes System der sozialen Sicherung zu erhalten, die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren, den Verteilungskampf zu entschärfen, individuelle Freiräume zu sichern und nicht zuletzt unsere Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern zu erfüllen.

Die CDU tritt deshalb dafür ein, in Bremen verstärkt Industrie- und Gewerbebetriebe mit fortgeschrittener Technologie anzusiedeln. Wo allerdings Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit auf verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden. Die Strukturpolitik muß den sich ständig verändernden Bedingungen des qualitativen Wachstums Rechnung tragen.

## Werften

Der Schiffbau ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige im Lande Bremen. Die bremische Werftindustrie hat ihren Beschäftigtenstand seit 1975 um mehr als 6000 Personen abgebaut. Allein im Jahre 1978 verringerten die Werften im Lande Bremen die Zahl ihrer Mitarbeiter um mehr als 2000 Personen.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind Welt-Tonnageüberhang, geringe Auftragsgänge bei stark schrumpfenden Auftragsbeständen, weltweite Werftüberkapazitäten, internationale Wettbewerbsverzerrungen. In Anbetracht der Bedeutung der Werftindustrie auch für die Bundesrepublik insgesamt fordert die CDU verstärkte nationale Hilfen.

Die CDU im Lande Bremen tritt darüber hinaus dafür ein, daß auch das Land Bremen alle im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten liegenden Maßnahmen ausschöpft, um den Werften in Bremen und Bremerhaven die Anpassungsschwierigkeiten im internationalen Schiffbauwettbewerb zu erleichtern.

Ein wesentliches Instrument dieser Politik ist die Übernahme von Landesbürgschaften zur Schiffbaufinanzierung und zur Liquiditätssicherung bei den Werften. Die Herabgabe dieser Mittel darf jedoch nicht mit Zwangsaufgaben verbunden werden, die darauf hinauslaufen, eine Verstaatlichung dieses Wirtschaftszweiges herbeizuführen.

Die Überlegungen zu einer Werftenneustrukturierung in Bremerhaven bieten hierfür ein aktuelles Beispiel. Maßgebliche Kreise der Bremer SPD versuchen, mit massivem Druck eine Werftenfusion in Bremerhaven herbeizuführen, um anschließend dieses Unternehmen zu verstaatlichen. Die CDU lehnt eine solche Politik eindeutig ab. Die Verstaatlichung beschafft dem zukünftigen neuen Werftbetrieb keinen einzigen zusätzlichen Auftrag und ist auch nicht geeignet, langfristig die Arbeitsplätze zu sichern. Dies nicht zuletzt auch deswegen, weil der Bremer Senat über kein zukunftsweisendes Fusionskonzept verfügt.

## Wirtschaftskriminalität

Die Wirtschaftskriminalität – wie zum Beispiel Konkursmanipulationen, Großbetrügereien, Steuer- und Abgabehinterziehung, Subventionsschwindel – steht in ihrer Gefährlichkeit für Staat und Gesellschaft anderen schweren Straftaten in nichts nach. Der Schaden erreicht jährlich Milliardenbeträge.

Unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung erlaubt kein so dichtes Netz von Kontrollen, daß Mißbräuche ganz ausgeschlossen werden können. Nötig sind aber

- die Überprüfung des Wirtschaftsrechts, um durch Klarheit, Einfachheit und Beschränkung auf unumgängliche Regelungen Anreize zur Kriminalität zu vermeiden,
- wirksamere kriminologische Erfassung und Auswertung durch Polizei und Wissenschaft – die Arbeitsergebnisse sind laufend den Strafverfolgungsbehörden zu vermitteln, Wissen und jahrelange Erfahrungen der Steuer- und Zollfahndung sind zu nutzen,
- Beseitigung der Mängel des Gesellschaftsrechts, insbesondere die ungenügende Haftung und Aufsichtspflicht, der Mißbrauch von Gesellschaftsformen vor allem der zwei- und dreistufigen Gesellschaften, die unzureichenden Gründungserfordernisse, undurchschaubaren Firmentätigkeiten und Löschungen von Unternehmen,
- bessere personelle und sächliche Ausstattung von Gerichten, Staatsanwaltschaft, Polizei und Gewerbeaufsichtsbehörden, damit sie die Wirtschaftskriminalität wirksam verfolgen können; in Bremen ist die Personallage vor allem bei der Staatsanwaltschaft so schlecht, daß bei Fristen von zwei und mehr Jahren zwischen Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und Erheben der Anklage vom Stillstand der Rechtspflege gesprochen werden muß.
- Überprüfung der Vergabeordnung für Aufträge der öffentlichen Hand,
- Erweiterung der Kontroll- und Steuerbefugnisse der Bundesaufsichtsämter für das Kreditwesen und das Versicherungs- und Bausparwesen.